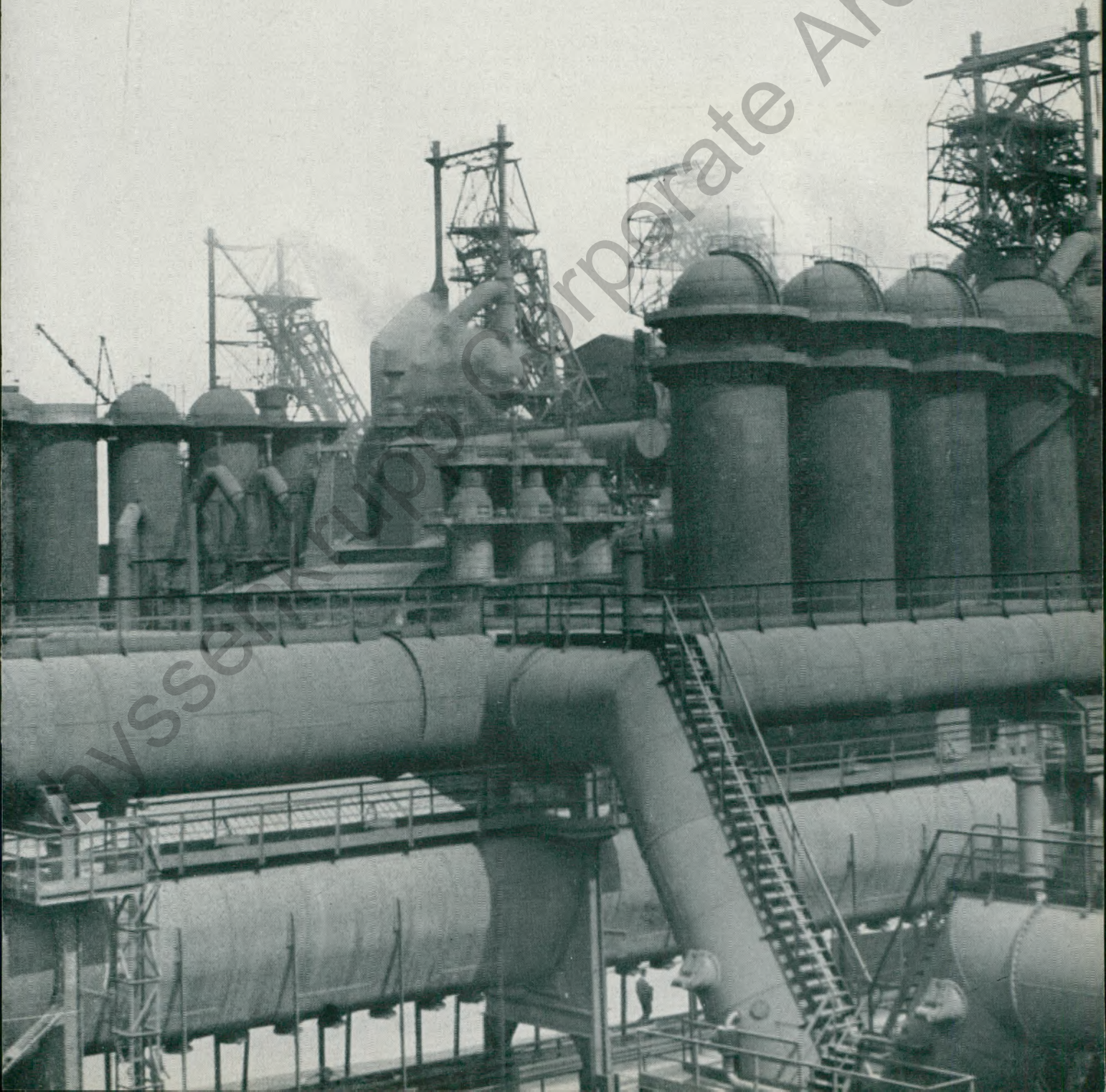


WESTFALENHÜTTE AG DORTMUND

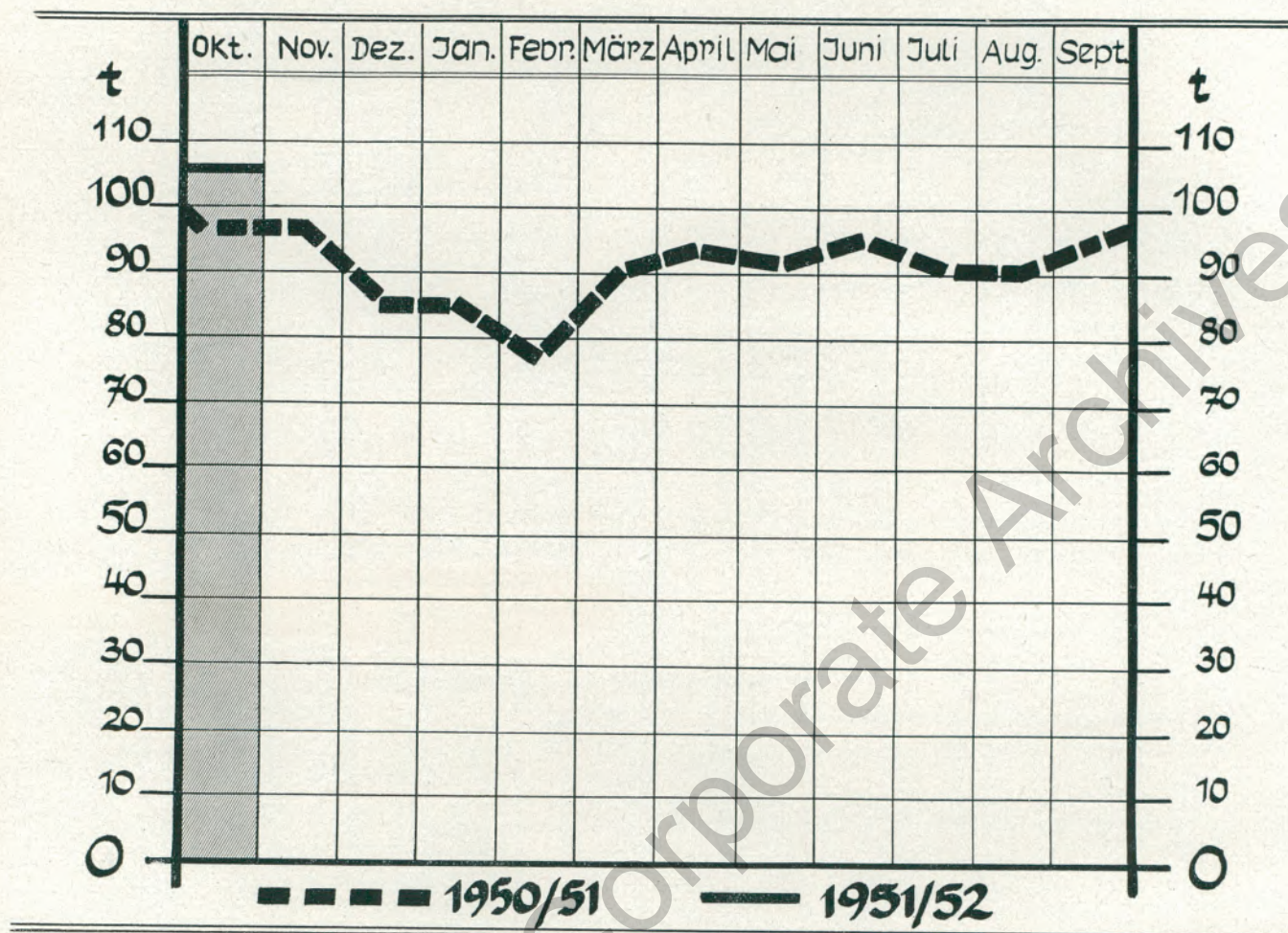
3. JAHRG.

MITTEILUNGSBLATT NR. 11

NOVEMBER 1951



UNSERE ROHSTAHLERZEUGUNG



Rohstahlerzeugung

Mit Beginn des neuen Geschäftsjahres, am 1. Oktober 1951, stellen wir unsere Rohstahlerzeugung anders als bisher dar. Statt die Erzeugung eines Monats wöchentlich in Prozentzahlen auszuweisen, wird jetzt die monatliche Gesamterzeugung in Höhe der tatsächlichen Tonnenzahl gezeigt. Dadurch ergibt sich ein übersichtliches Kurvenbild ohne die bisherigen starken Schwankungen.

Ein Blick auf die Erzeugungskurve des Geschäftsjahres 1950/51 zeigt vom November bis Februar ein stetes Absinken der Produktion. Hervorgerufen wurde dieses durch die immer schlechter werdende Koksversorgung. Die Folge davon war, daß im Januar und Februar nur drei Hoch-

öfen betrieben werden konnten und Feierschichten eingelegt werden mußten. Darüber hinaus hat der Februar die wenigsten Arbeitstage. Die Einfuhr von USA-Kohle ermöglichte es, die Produktion wieder auf eine Monatsmenge von über 90 000 Tonnen zu bringen. Im Durchschnitt des Geschäftsjahres 1950/51 hat die Rohstahlerzeugung trotz aller Schwierigkeiten rund 91 500 Tonnen betragen. Die bisher höchste Monatserzeugung der Nachkriegszeit wurde im Oktober 1951 erzielt, als für die 27 Arbeitstage dieses Monats in verhältnismäßig ausreichendem Umfange Koks zur Verfügung stand und die SM-Öfen wieder ihre fast volle Leistungsfähigkeit erreicht hatten.

Produktions- und Absatzlage

In unserer letzten Betrachtung zur Produktionslage hatten wir eine Rohstahlproduktion von etwa 90 000 t für die nächste Zeit als sehr wahrscheinlich hingestellt. Nun haben wir tatsächlich im September 95 000 t erreicht und im Oktober eine Rekordproduktion seit dem Kriege von 106 000 t.

Diese erfreuliche Tatsache wollen wir zum Anlaß nehmen, um kurz auf die Fragen einzugehen: Wie war dies möglich, und was bedeutet dies für uns?

Die veränderliche Grundlage unserer Rohstahlproduktion ist ja die Roheisenproduktion unserer Hochöfen. Daß wir unsere Hochöfen seit dem Frühjahr wegen Koksmangel nicht ausfahren konnten, ist bekanntlich eine unserer Hauptsorgen gewesen. Der Koks aus deutscher Produktion war auch zusammen mit dem Koks aus amerikanischer Kohle, der bei 40% unserer Kokszuteilung liegt, nicht zur vollen Auslastung unserer Hochöfen ausreichend.

Da die Westfalenhütte nach besten Kräften bemüht war, bei ihren Lieferungen die Belange des Bergbaues zu berücksichtigen, sind in der letzten Zeit gewisse Koksmengen aus einem Sonderfonds auf uns zugekommen. Sie haben uns in die Lage versetzt, diese Lieferungen an den Bergbau aufrechtzuerhalten durch erhöhte Roheisen- und damit Rohstahlproduktion.

Hinzu kam im Monat Oktober, daß das Martinwerk die Grundüberholung seiner Öfen so weit beendet hatte, daß es wieder mit 8 Öfen fahren und damit über 47 000 t produzieren konnte. Dies ist für unser Werk eine sehr erfreuliche Tatsache. Es ist eine SM-Stahlproduktion, wie sie vor dem Krieg im besten Jahresdurchschnitt 1939 erreicht wurde, und sogar jetzt mit wesentlich weniger Vormetall aus dem Thomaswerk. Die technischen Voraussetzungen hierzu sind einmal die bessere Schmelzleistung der Öfen, zum anderen die gesteigerte Schrottzufuhr vom Schrottplatz her, die in intensiver Zusammenarbeit zwischen Stahlwerk und Eisenbahn erreicht werden konnte. Verschiedene Voraussetzungen kamen also zusammen, um uns im Oktober diese Nachkriegshöchstproduktion erreichen zu lassen.

Die bisherige Produktions-Spitze mit 102 000 t lag im September 1950, wo wir aber kurz vor der einsetzenden Koksverknappung noch mal einen Monat mit 5 Hochöfen arbeiten konnten. Wir wollen aber hierbei auch nicht vergessen, daß der Monat Oktober ein sehr langer Monat war mit 27 vollen Arbeitstagen. Tatsächlich ist die Tagesleistung des Oktobers schon im September erreicht gewesen, der nur 25 Arbeitstage hatte und deshalb nicht so in Erscheinung trat. Man kann vielleicht heute feststellen, daß unsere Hütte in einem normalen Monat ohne weiteres 100 000 Tonnen Rohstahl produzieren kann, wenn die Voraussetzungen in der Brennstoff- und Rohstoffversorgung einigermaßen gegeben sind.

Für unsere Betriebe bedeutet diese Rohstahlmenge natürlich eine erfreuliche Besserung der Beschäftigungsmöglichkeit, ohne daß sie damit schon zufriedenzustellen wären.

Die Blockstraßen erreichten einen Rohstahldurchsatz von etwas über 90 000 t, wobei die Straße III nur auf 2 Schichten arbeitet und noch erheblich Block-

mangelzeiten gemeldet wurden. Die gleiche Menge ist übrigens vor dem Kriege allein von der Blockstraße I einmal als Höchstleistung durchgesetzt worden.

Bei einer ganzen Reihe anderer Betriebe sind in diesem Monat Oktober die guten Leistungen als Nachkriegshöchstleistung in Erscheinung getreten, die wir hier nicht alle aufzählen können. Von Interesse dürfte jedoch sein, daß die Blechstraßen I und II mit 11 099 t sogar die Vorkriegshöchstleistung vom März 1939 mit 10 367 übertrafen. Auch Barop liegt mit 4630 t über der Vorkriegshöchstleistung von 4200 t.

Das Breitbandwalzwerk, das ja vor dem Kriege noch nicht vorhanden war, erhöhte seine bisherige Rekordleistung vom Februar 1951 mit 13 455 t auf 14 031 t.

Die große Anzahl von Nachkriegsbestleistung im Oktober beweist, daß die Versorgung unserer Betriebe vorübergehend besser geworden ist. Wenn dies nicht in allen Betrieben der Fall sein konnte, so liegt das weniger an der Leistungsfähigkeit der Betriebe selber als daran, daß wir heute gezwungen sind, den Produkten den Vorrang zu geben, wie sie von der weiterverarbeitenden Industrie benötigt werden. Wir sind also jetzt schon der vorgesehenen Eisenlenkung, besonders beim Engpaßmaterial, unterworfen. Außerdem bestehen die bekannten Verpflichtungen, die sich aus der Verarbeitung des amerikanischen Koks ergeben, die aber durch die Bereitstellung von Dollars durch die Bank deutscher Länder zurückgehen werden. So ergeben sich heute mehr aus der notwendigen Rohstahlzuteilung an die einzelnen Betriebe diese Nachkriegshöchstleistungen. Oder mit anderen Worten: es würde wohl mehr oder weniger jeder Betrieb seine Leistungsfähigkeit heute unter Beweis stellen, wenn er entsprechend versorgt würde.

Vergleichen wir einmal die Oktober-Produktion mit dem Jahre 1939, dem besten Vorkriegsjahr unseres Werkes! Damals wurde eine Rohstahlerzeugung von 113 000 t im Monatsmittel erreicht, aber einschließlich 4000 t Elektrostahl.

Bei den heutigen Möllerverhältnissen müßte unser Werk bei vollem Durchsatz von 80 000 t Koks in der Lage sein, in einem Normalmonat mindestens 105 000 t Rohstahl zu produzieren, wobei die Hochofenanlage als der Engpaß der Hütte zu gelten hat. Das wären 93% unserer Durchschnittsjahresleistung von 1939. Wir müssen hier leider feststellen, daß wir mit den meisten anderen großen Hüttenwerken des Reviers nicht Schritt gehalten haben. Diese haben vielfach ihre Vorkriegsleistung übertreffen können. Wir sind demnach entsprechend unserem Vorkriegsanspruch und unserer Produktionsmöglichkeit hinter anderen Werken zurückgeblieben. Bei der jetzt vorgesehenen Eisenlenkung muß jedes Werk gewisse Quoten in den einzelnen Produkten erfüllen. Da bei uns zu den aus der Vorkriegszeit bestehenden Walzwerken das Breitbandwalzwerk hinzugekommen ist, muß die Westfalenhütte mindestens auf die Vorkriegsproduktion kommen. Dies bedeutet einen berechtigten Anspruch auf die volle Koksmenge für unsere Hochöfen. Dann erst werden wir in der Lage sein, unsere Breitbandstraße zu versorgen und die übrigen Walz-

werke einigermaßen ausreichend im jetzigen Umfang zu beschäftigen.

Wie sind nun die Aussichten für eine voll ausreichende Versorgung? — Ein Seitenblick auf die außenpolitische Situation gestattet doch wohl, daß man auf etwas mehr wirtschaftliche Handlungsfreiheit der deutschen Regierung hoffen darf. Vielleicht werden schon die Verhandlungen über die Kohlen-Exporte für das 1. Quartal 1952 ein etwas anderes Gesicht bekommen als bisher. Schon geringe Erleichterungen beim Export können im Spitzenbedarf erhebliche Erleichterungen bringen. Die gesamte europäische Koksproduktion soll im nächsten Jahr gesteigert werden, so daß eine Herabsetzung der Exportmengen nicht ausgeschlossen ist. Bekannt ist auch der amerikanische Vorschlag, die Gesamtverpflichtungen nicht quartalsweise, sondern auf das ganze Jahr festzulegen, so daß man deutscherseits beweglicher wird. Aus neuester Zeit läßt auch das mit dem Bergbau getroffene Abkommen eine Erhöhung der Bergbauförderung erwarten.

Zusammen mit der Absicht, die europäische Stahlproduktion zu steigern, ergibt sich aus dieser Gesamtsituation wohl auch für uns eine berechtigte Hoffnung, daß wir im Frühjahr des nächsten Jahres einen weiteren Schritt zur Ausweitung unserer Produktion tun können. Allerdings muß bei dieser optimistischen Beurteilung daran erinnert werden, daß der Schrottmangel z. Z. für die Industrieländer der ganzen Welt eine Tatsache ist und bleiben wird. Hier kann nur ein Ausgleich über höhere Roheisenerzeugung und damit mehr Koks und auch mehr Erz gefunden werden. Die Erzversorgung dürfte jedoch auch auf lange Sicht

sicherzustellen sein, trotz vorübergehender Sorgen um die Belieferung mit Schwedenerzen.

Jedenfalls ist für uns als Westfalenhütte auch nach diesen Gesichtspunkten weiterer Hochofenraum eine unabdingbare Notwendigkeit.

Die für das nächste Jahr mit dem fünften Hochofen beabsichtigte Produktionssteigerung geht, wie bereits gesagt, später in das Breitbandwalzwerk und über das Breitbandwalzwerk zum erheblichen Teil in das Kaltwalzwerk. Dies bedeutet also nicht nur eine mengenmäßige, sondern vor allem auch eine qualitätsmäßige Produktionsausweitung. Da dieses Qualitätsmaterial zur Ausweitung ausgesprochener Engpässe in der weiterverarbeitenden Industrie führen soll, kann als sicher gelten, daß auch für den Absatz die Voraussetzungen gegeben sind.

Leider haben ja die in Aussicht gestellten Mittel der Investierungshilfe der deutschen Wirtschaft zur Modernisierung in der Eisenindustrie wie auch für den Bergbau viel zu lange auf sich warten lassen. Es muß deswegen eine vordringliche Sorge der Eisenindustrie sein, dem Bergbau materialmäßig zu helfen zur Modernisierung und damit zur Sicherung der Brennstoffgrundlage, und die eigene Produktion auszuweiten, und zwar mit Qualitätsmaterial, um damit wieder die Finanzierung der neuen Anlagen und allgemein die Konkurrenzfähigkeit für die Zukunft zu untermauern. Wenn der kommende Winter vorüber ist, der noch Überraschungen durch Verkehrsschwierigkeiten bei der Brennstoffversorgung bringen kann, möchten wir die allgemeine Entwicklung, ganz speziell aber die Entwicklung für unsere Westfalenhütte, als nicht ungünstig beurteilen.

— Fr. —

Das Problem Ruhrkohle

Bei Redaktionsschluß finden endlich in Godesberg Beratungen und Diskussionen über die brennende Frage der Investitionshilfe für die deutsche Wirtschaft — vornehmlich für die entscheidenden Grundindustrien Stahl, Kohle, Elektrizität — statt, die an sich schon Anfang des Jahres anstanden, deren Behandlung aber immer wieder ausgesetzt wurde. Über die zwingende Notwendigkeit umfangreicher Investitionen haben wir aus dem Blickwinkel unseres Werkes wiederholt Stellung genommen.

Ohne Investitionen kein Ausbau der Betriebe, damit keine Konkurrenzfähigkeit, damit keine Sicherung des Arbeitsplatzes, damit wirtschaftliche und soziale Unsicherheit für jeden.

Wir haben auch wiederholt darüber berichtet, wie notwendig für unsere Produktion die Lösung des schmerzlichen Problems ist. Das Problem Ruhrkohle interessiert uns in stärkstem Maße betrieblich und persönlich, denn auch in unseren Wohnungen fehlt die Kohle, trotzdem wir tatsächlich auf der Kohle sitzen. Zu allem ist der Steinkohlenvorrat an der Ruhr praktisch unerschöpflich.

Der Umfang der noch nicht aufgeschlossenen Kohlenmengen wurde nach der erstmaligen Anwendung moderner Meßinstrumente im Jahre 1910 auf 130 Milliarden Tonnen geschätzt und im Jahre 1929 auf 262 Milliarden. Sie erstrecken sich im Osten bis nach Soest, im Norden bis Münster und im Westen bis tief über den linken Niederrhein und an die holländische Grenze, während sie im Süden nicht weiter ausbaufähig sind. Die größten Aussichten bietet der Abbau der nördlichen Felder, da die Ergiebigkeit der Flöze am linken Niederrhein noch nicht endgültig untersucht worden ist.

Die wichtigste Forderung einer Steigerung der Ruhrkohlenförderung ist nach Auffassung der Fachleute, in erster Linie des Montansachverständigen Prof. Dr. Glebe, der Ausbau von 35 neuen Anlagen, die in den nächsten beiden Jahrzehnten neu abgeteufelt werden müssen, um die

vor dem zweiten Weltkrieg erzielte Jahresförderung von 120 Millionen Tonnen mit Sicherheit wieder zu erreichen.

Bisher wurde nämlich lediglich ein Drittel der ausgekohlten Felder durch Neuanlagen ersetzt. Als Grund hierfür wird mangelnde Initiative der leitenden Direktoren und Ingenieure beim Einsatz neuer Montaninvestitionen angegeben. Es wurden jedoch nicht nur die Neuerschließung von Förderschächten, sondern auch die Modernisierung der überalterten Anlagen versäumt.

Von der Preußag (Preußische Bergwerks- und Hütten-AG.) wurden — so wird erklärt — größere Kapitalien für die Beschaffung von Kesseln, Turbinen und Dampfmaschinen, so für den Ausbau der Kraftanlagen des Steinkohlenbergwerks Ibbenbüren, eingesetzt. Beachtlich ist auch, daß dessen Direktion bereits vor 15 Jahren den sogenannten „Kohlenhobel“, ein vollmechanisches Fördergerät, entwickelte, der von den meisten Steinkohlengruben an der Ruhr und am Rhein übernommen wurde. Auch der sogenannte Schnellhobel und der Schälrschraper wurden in den letzten Jahren zusammen mit dem sogenannten „Aumund-Plattenförderer“ zum erstenmal dort verwandt, der bei der Kohlenförderung einen Höhenunterschied von 180 Meter bei einer Steigerung von 25 v. H. zu überwinden vermag.

Von größter Bedeutung für den Ausbau des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaus aber wird der Einsatz amerikanischer Fördermethoden sein, die auf Grund des Besuchs deutscher Fachleute im Auftrag des „Rationalisierungs-Kuratoriums der deutschen Wirtschaft“ in den Vereinigten Staaten nunmehr auch an der Ruhr eingeführt werden sollen. Es handelt sich um folgende technische

Verbesserungen:

Airdox-Verfahren zum Schießen in der Kohle während der Arbeitsschicht. — Maschinen zum Zurichten und Einbringen des Grubenbaues. — Fahrbare Kompressoren unter Tage. — Rationalisierung der Streckenförderung durch gesteigerte

Fahrgeschwindigkeit. — Förderbänder und Rutschen, die während des Betriebes ausziehbar sind. — Hydraulische Schneidegeräte. — Streckenvortriebsmaschinen mit Raupen, Ketten- oder gummibereiften Rädern. — Anwendung des „coal-burster“, der feste Kohle durch kegelförmige Spindeln losbricht. — Neuer Grubenhelm und neue Kopflampe. Die Rationalisierung des Ruhr-Steinkohlenbergbaues ist fraglos ein wichtiges Problem, das dringend gelöst werden muß. Das weitergehende Investitionsproblem von Stahl—

Kohle—Energie ist das Zentralproblem des deutschen Industrie-Aufbaues schlechthin. Wir wissen bei Redaktions-schluß das Ergebnis der Bonner Beratungen noch nicht. Wir wissen aber, daß alle zuständigen Instanzen der Bundes-regierung und auch der Wirtschaft sich möglichst schnell für eine weitgehende und großzügige Finanzierung tech-nischer Verbesserungen in den Grundstoffindustrien durch ein weitgehendes und umfangreiches Investitionsprogramm einsetzen sollten.

Am Abend der Demontage

Während die industrielle Produktion in den anderen west-europäischen Ländern Anfang 1951 einen Grad von 130 (1937 = 100) erreicht hatte, zeigten sich in Westdeutschland schon bei einem Stand von 100 Engpässe, die einen weiteren Aufschwung fast zu verbieten scheinen. Die Ein-engung der Entwicklungsmöglichkeiten ist weitgehend durch die Reparations- und Demontagepolitik verursacht. Dies zeigt eine Untersuchung des Bremer Ausschusses für Wirt-schaftsforschung, die von Senator G. W. Harmssen unter dem Titel „Am Abend der Demontage — Sechs Jahre Reparations-politik“ vorgelegt wird.

Bisher sind weder im Westen noch im Osten die Reparationen völlig beendet, noch liegt eine verbindliche Abrechnung der Reparationswerte vor, und es wird noch jahrelanger Be-mühungen bedürfen, um allein die Disproportionalitäten in der deutschen Produktionswirtschaft zu beseitigen. Für keine der Besatzungszonen liegt bisher eine vollständige Liste der demontierten Maschinen oder Werksanlagen vor.

In der Denkschrift wird an Hand der Nettowerte der indu-striellen Produktion im Jahr 1936 berechnet, wie stark die Kapazitätsminderungen in den einzelnen Industrie-zweigen und in den vier Besatzungszonen und Berlin sind. Dabei werden sowohl die Kapazitätserweiterungen wie auch die Ausfälle infolge von Kriegseinwirkungen berücksichtigt. Die „Kapazität 1947/48“ umfaßt die vor Wirksamwerden des revidierten Industriepfandes vorhandene Kapazität. Die Demon-tagen reiner Rüstungswerke sind nicht berücksichtigt.

Kapazitätsverluste in den Westzonen

Industriegruppe	Nettopro- duktionswert 1936		Kapazität 1947/48 in v. H.		Durchschn. Kapa- zitätsminderung durch Demontage in v. H.	
	in Mill. RM	1936	in Mill. DM	1936	in Mill. DM	1936
Kraftstoffindustrie	157	150	236	20	47	
Eisenschaffende Industrie	946	110	1041	25	260	
NE-Metallindustrie	318	160	509	7	36	
Gießereiindustrie	487	105	511	15	77	
Eisen- u. Stahlwarenindustrie	1344	105	1411	6	85	
Maschinenbau	1481	106	1570	10	157	
Stahl- u. Eisenbau	434	100	434	20	87	
Fahrzeugindustrie	561	100	561	8	45	
Elektroindustrie	573	155	888	3	17	
Feinmech. u. optische Industrie	181	180	235	20	47	
Chem. u. chem.-techn. Industrie	1472	100	1472	6	98	
Kautschuk- u. Asbestindustrie	202	70	141	10	14	
Übrige Industrie (ohne Bau- u. Flugzeugindustrie)	9828	95	9327	—	—	
Insgesamt:	17984	102	18336	5,3	960	

Der Anteil von 5,3 Prozent an der im Herbst 1949 vorhan-denen Industriekapazität erhöht sich um die späteren Demon-tagen auf schätzungsweise 6 Prozent; die volkswirtschaftliche Einbuße aber war für 1949 auf mindestens 8 Prozent des Nettoproduktionswertes zu veranschlagen. Weiter sind auch die Restitutionsen hinzuzurechnen. Der Wert der Restitutionsen auf gewerbliche Güter ist (nach den Preisen von 1938) auf 425 Millionen Mark zu veranschlagen.

Etwas vom Einkauf

Sehr oft ist an dieser Stelle von der Produktion die Rede. Das ist erklärlich, denn wir sind ja ein Produktionsbetrieb. Die Produktion steht im Vordergrund des Blickfeldes und des allgemeinen Interesses. Darüber aber darf nicht ver-gessen werden, daß der Verkauf — wir werden in einer der nächsten Ausgaben über ihn berichten — uns die Mittel einzubringen hat, aus denen wir die Löhne und Gehälter, die Rohstoffe und sozialen Aufgaben bestreiten, und daß der Einkauf dafür Sorge trägt, daß es uns allen niemals an Material usw. mangelt. Alle Abteilungen erst geben das Ganze: unser Werk.

Unser Einkauf nun ist — wie bei den meisten Groß-betrieben — in verschiedene Gruppen aufgegliedert. Die Aufteilung wird aus dem Grunde vorgenommen, um die verschiedenen Warengruppen zusammenzufassen und eine einheitliche Bearbeitung zu gewährleisten. Notwendig ist in jedem Falle, daß für jedes Sachgebiet ausgesprochene Spezialisten zur Leitung der Gruppen zur Verfügung stehen.

Der Geschäftsablauf im Einkauf für die Beschaffung von Be-triebs- und Hilfsmitteln ist folgender: Der Einkauf erhält von den Betrieben bzw. Abteilungen die Materialanforderungen und wird hierdurch über den anstehenden Bedarf in Kennt-nis gesetzt. Je nach Art des zu beschaffenden Gegenstandes bzw. der durchzuführenden Arbeit — wir beschäftigen zur Zeit rund 1000 Arbeitnehmer von Unternehmern, die für uns Reparaturarbeiten, Neuanlagen usw. ausführen — werden diese bei den verschiedenen Firmen angefragt, um qualitative und preisliche Vergleiche ziehen zu können. Nach Eingang der Angebote werden diese gewissenhaft und in jeder Hinsicht geprüft. Der Auftrag wird der- jenigen Firma erteilt, die preislich, qualitativ und terminmäßig am günstigsten angeboten hat. Beschafft werden von der Einkaufs-abteilung sämtliche Materialien, die für den Betrieb eines Hüttenwerkes notwendig sind: Kleiseisenwaren, Werkzeuge, Metallwaren, Öle, Fette, Farben, Leder, Gummi, Arbeiter-schutzartikel, Laborbedarf, Gußeisen, Stahlguß, Eisen- und Blechkonstruktionen, Maschinen aller Art, Walzen, Kokillen,

Papiersäcke, Elektromaterial, Bürobedarf, Holz und viele tausend andere Artikel.

Dem Einkauf angeschlossen sind die Haupt- und Elek-tro-Magazine. Wie vielseitig die Artikel sind, die durch den Einkauf beschafft werden müssen, geht allein schon daraus hervor, daß zum Beispiel im Hauptmagazin rund 12 000 Sorten und im Elektro-Magazin etwa 5000 Sorten gelagert und laufend ergänzt werden müssen. Die Arbeiten in der Einkaufsabteilung lassen sich in drei Gruppen gliedern:

mechanische Arbeiten: z. B. Karteiführen, Registrieren, Schreibmaschinenarbeit usw.,

Vorarbeiten wie Beschaffung der Bestellunterlagen, Zeichnungen, Muster, Festlegung geeigneter Lieferan-ten, Zusammenstellung der eingehenden Angebote, Rückfragen und Vorverhandlungen usw., verantwortliche Arbeiten wie Verhandlungsführung, Abschluß der Einkäufe, Auswertung aller kartei-mäßigen und statistischen Aufzeichnungen, markt-mäßige Orientierung usw.

Der Einkäufer muß über gründliche Sach-, Fach- und Waren-kenntnisse verfügen. Seine Aufgabe ist auch die Beobach-tung der Welt- und Inlandsmärkte, um bei auftretenden Schwankungen rechtzeitig disponieren zu können. Es dürfte jedem bekannt sein, daß der Bedarf zum Beispiel bei Kautschuk, Wolle, Textilien allgemeiner Art, Metallen, Leder usw., außerordentlich hoch ist, während das Angebot hier sehr großen Schwankungen unterworfen ist. Zu allem ist notwendig, daß der Einkäufer selbständig und sach-lich urteilt, daß vor allem jeder irgendwie ge-artete Einfluß der Lieferanten und ihrer Vertreter ausgeschaltet und unterbunden wird.

Die Ausbildung des Einkäufers erstreckt sich über mehrere Jahre. Erst Erfahrung, große Sachkenntnis und Beweglichkeit machen ihn zum perfekten Einkäufer. Die Anforderungen, die an einen Einkäufer gestellt werden, sind außerordentlich hoch und können im Interesse des Werkes, von dem ja die

Existenz so vieler Menschen abhängt, gar nicht hoch genug gestellt werden. Gerade auch bei auftretender Warenverknappung, wie sie in der Nachkriegszeit wiederholt und vor allem auch in Auswirkung der Korea-Krise eintrat, kommt es auf die Geschicklichkeit und Wendigkeit des Einkäufers an, die Bedürfnisse seines Betriebes so zu decken, daß Betriebsstörungen vermieden werden. Alles in allem: Der Einkauf hat die vielfach unter-

schätzte, aber sehr wichtige Aufgabe, das Werk, seine Betriebe und Abteilungen rechtzeitig und ausreichend mit allen Hilfs- und Betriebsstoffen und sonstigen Verbrauchsgütern zu versorgen, damit ein störungsfreier Produktionsprozeß durchgeführt werden kann. Und wenn unsere Westfalenhütte in den letzten Jahren eine so gute Aufwärtsentwicklung nahm, dann ist auch unser Einkauf hieran zu seinem Teil beteiligt.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Verkehrs vom Blickpunkt der Hüttenindustrie

Der Leiter unserer Verfrachtung, Viktor Arntzen (Vorsitzender der Verkehrsausschüsse der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie), stellt uns folgende Arbeit zur Verfügung:

Dem Verkehrswesen, einer der Hauptstützen der gesamten Wirtschaft, kommt im Rahmen der Hüttenindustrie mit ihrem Schwerpunkt an Rhein und Ruhr eine überragende Bedeutung zu, obwohl diese Tatsache nicht überall in den Unternehmungen in verwaltungsmäßiger und organisatorischer Hinsicht erkennbar ist. Zum Teil ist dies hier oder dort offensichtlich die Auswirkung früher vielleicht zu weit getriebener Zentralisation in derart kompliziert gelagerten Spezialgebieten. Aber gegenüber der Gefahr einer daraus leicht resultierenden mehr oder weniger zweitrangigen Bedeutung, die man den Belangen des Verkehrs in manchen Großbetrieben einräumen könnte, dürfte es angebracht sein, einmal die Bedeutung des Verkehrs, z. B. für die Hüttenindustrie, zahlenmäßig herauszustellen und hierbei den Kostenanteil für Verkehrsleistungen in Vergleich zu setzen zu dem Wert der Walzwerkserzeugnisse und einiger bedeutender Hüttenrohstoffe.

Bei Zugrundelegung einer Rohstahlerzeugung von rund 13,5 Mill. Tonnen (= rd. 10 Mill. t Walzstahl), bezogen auf das Gebiet der Bundesrepublik, kann mit einem Verkehrsaufkommen der Hüttenindustrie von insgesamt rund 75 Mill. Tonnen gerechnet werden. An diesen Mengen haben Anteil:

die Bundesbahn	rd. 56 Mill. t = 74,7%
die Binnenwasserstraßen	rd. 14 Mill. t = 18,7%
der Kraftwagen	rd. 5 Mill. t = 6,6%

Hierfür ergibt sich unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Frachtenlage ein jährliches Frachtaufkommen von schätzungsweise

a) für die Bundesbahn	rd. 420 Mill. DM
b) für die Binnenschifffahrt	rd. 35 Mill. DM
c) für den Kraftwagen (durchweg Nahentfernungen)	rd. 25 Mill. DM

Es erhellt hieraus, daß für die Hüttenindustrie die Eisenbahn als das unentbehrliche, die Schifffahrt als das billigste und der Kraftwagen bei aller Würdigung seiner anerkannt großen, kostenmäßig aber nicht immer erfaßbaren Vorzüge, als das teuerste Beförderungsmittel anzusprechen sind. Daß hierbei die nach Sondertarifen über die Schiene zu fahrenden großen Rohstoffmengen das Bild beeinflussen, soll und darf nicht ohne Erwähnung bleiben. Bei Errechnung der Bahneinnahmen haben aber die Sondertarife Anwendung gefunden.

Die überragende Bedeutung des Schienenweges für die Hüttenindustrie läßt das Interesse erkennen, das sie einer baldigen befriedigenden Lösung des Problems Schiene/Straße entgegenzubringen hat. Mit einem Frachtaufkommen an die Schiene von rund 420 Mill. DM entfallen bei einem Gesamtfrachtaufkommen der Bundesbahn aus dem Wagenladungsverkehr (bei erhöhter Rohstahlproduktion von 13,5 Mill. t) von dann rund 2,5 Milliarden DM (Grundlage 1950) allein 16% auf ihren großen Kunden Hüttenindustrie. In dem gegenwärtig immer noch unregulierten Wettbewerb zwischen Schiene und Straße hat man eine sehr umstrittene Verschiebung in der Wertstaffel des Eisenbahngütertarifs durchgeführt mit der Folge, daß beiden Verkehrsträgern die von ihnen benötigten Einnahmen geschmälert wurden. Der ungesunde Wettbewerb muß aber von der massengüterorientierten Verladerschaft und damit insbesondere auch von der Hüttenindustrie finanziert werden, da die Bundesbahn sonst die ihr aus Beförderungspflicht und Gemeinwirtschaftlichkeit auferlegten gesetzlichen Verpflichtungen nicht erfüllen kann. So wird, solange das Problem Schiene/Straße nicht brauchbar gelöst ist, immer bevorzugt die massengüterorientierte Industrie für ihr fracht-empfindliches Gut die Kosten des ungesunden Wettbewerbs

bezahlen müssen mit allen sich daraus für die Gesamtwirtschaft einschließlich der betroffenen Verkehrsträger ergebenden Nachteilen.

Wirtschaftlich gesunde Verkehrsträger, gleichgültig ob dieser oder jener Art, sind immer noch die besten Garanten für eine insgesamt geordnete und gesunde Wirtschaft. Ein Verlager kann nicht in Engstirnigkeit glauben, daß er der Wirtschaft oder auch nur sich selbst einen Dienst erweist, wenn er etwa auf der Suche nach billiger Beförderung seiner Güter der Versuchung erliegen sollte, in Verletzung bestehender Gesetzesvorschriften zustande gekommene Frachtunterbietungen zu akzeptieren. Wir brauchen neben disziplinierten, ordnungsliebenden Verkehrsträgern eine ebenso verantwortungsbewußte Verladerschaft, und auch so möchte ich meine einleitenden Hinweise auf die notwendige Würdigung der Bedeutung des Verkehrs verstanden wissen.

Statistische Erhebungen bei bedeutenden Hüttenwerken an Rhein und Ruhr haben ergeben, daß der gesamte Transportkostenanteil (außerbetrieblich und innerbetrieblich zusammengekommen) an dem Erlös für Walzwerkserzeugnisse (Grundpreis Basis Oberhausen bei rund 18 Prozent liegt. Ist schon hieraus die Bedeutung des Verkehrs erkennbar, so wird das Bild noch einleuchtender, wenn z. B. bei Erz und Kalkstein der Wert des Materials mit der Höhe der gesamten Transportkosten in Vergleich gesetzt wird.

Grundlagen Juli 1951

	Warenwert ab Gewinnungsstätte DM je t	Gesamttransportkosten ab Gewinnungsstätte bis Hochöfen DM je t	% der Transportkosten zum Warenwert
Hochwertiges Skandinavien- erz via Narvik und Luleaa	rd. 34,—	rd. 35,—	103%
Mittelmeererz via La Goullette	rd. 25,—	rd. 41,30	165%
Eisenarmes mitteldeutsches Erz ab Salzgitter	rd. 17,50	rd. 6,30	36%
Kalksteine	rd. 3,50	rd. 6,50	186%

Da die Transportkosten in ihrer Höhe nicht weniger beeinflußbar sind als die Materialpreise, ist eine sorgsame sachkundige Einschaltung in die Tarifgestaltung beim Schienenverkehr und auf den Kanälen, bei der Gebührenordnung in den Seehäfen usw. für die Hüttenindustrie eine vordringlich wichtige Aufgabe. Fortlaufende Beobachtung aller Vorgänge auf tarifpolitischem Gebiet und verantwortungsbewußte Einflußnahme auf den freiwirtschaftlichen Seefrachtenmarkt unter Berücksichtigung auch internationaler Verflechtungen, Einschaltung in örtliche Bahnverhältnisse und interne Werksbahnbelange sind Aufgaben, die mit Dynamik und in Anpassung an konjunkturelle Schwankungen durch sachkundige Hand behandelt und entschieden werden müssen. In dieser Weise haben große Betriebe und insbesondere auch die Hüttenindustrie einen wertvollen Beitrag zu leisten, um den um ihre Gesundung kämpfenden Verkehrsträgern jene Unterstützung zu leisten, auf die sie angesichts ihrer großen Bedeutung für die Wirtschaft berechtigt Anspruch erheben können. Neben der Interessennahme an dem Wiederaufbau der deutschen Seeschifffahrt sollten alle verantwortungsbewußten Kreise der Wirtschaft ihre Verpflichtung verstehen und erfüllen, der Gesundung unserer Verkehrsträger erhöhte Aufmerksamkeit und Verständnis widmen und so die dahingehenden Bemühungen von Bundes- und Länderregierungen unterstützen. Daß hierbei berechnete Wünsche großer Verladerkreise und damit auch der Hüttenindustrie Berücksichtigung finden können, scheint mir insbesondere dann leichter möglich, wenn man den Gesamtbelangen des Verkehrs überall die ihm gebührende Würdigung widmet.

Zur Psychologie im Betrieb

Unter „Innere Einstellung zur Arbeit“ in der September-Ausgabe berichteten wir von dem Ergebnis einer Rundfrage des EMNID-Institutes, aus der hervorging, daß von hundert berufstätigen Menschen 51 ihre Arbeit als Last, als notwendiges Übel oder als bloße Möglichkeit des Geldverdienens ansehen.

Auch dieses Ergebnis ist eine Auswirkung des Menschlichen. Denn ein Mensch, der seine Arbeit, die den größten Teil seines Tages beansprucht, nur mit Unlust vollbringt, ist ein zerspaltener Mensch; er flüchtet in seinen freien Stunden irgendwohin: in die Zerstreuung, in den Rausch, in das Abenteuer.

Das Ergebnis ist auch eine Auswirkung im Wirtschaftlichen. Die Arbeitsleistung sinkt auf die Dauer ab, wenn das innere Verhältnis zur Arbeit fehlt. Von der menschlichen Seite her ist bislang immer noch sehr wenig gegen die Arbeits-„Neurosen“ und „Erschöpfungszustände“ getan worden. Von der Seite der Wirtschaft werden oftmals die Konflikte erkannt, man holt Psychologen zu Hilfe. Das macht sich offenbar bezahlt, denn nach einer Feststellung amerikanischer Wirtschaftsfachleute konnte durch das Zusammenwirken von Technikern und Psychologen während des letzten Krieges die Arbeitsleistung in der Industrie um 25 Prozent gesteigert werden.

In Marburg fand kürzlich eine Tagung der Psychologen statt, auf der die Sozial- und Betriebspsychologie einen großen Raum einnahm. Neu war hier die

Feststellung, daß nicht das Fließbandssystem — durch das der Mensch zu einem Rädchen in der Masse und seine Teilnahme an dem zu Schaffenden auf wenige sich wiederholende Handgriffe zusammengedrängt wird —, sondern daß die Gruppenarbeit, das Arbeitsteam von 5 bis 15 Personen, die besten Arbeitsergebnisse hervorbringt. Das gilt sowohl für die manuelle als auch für die geistige Arbeit. Das Team ist nicht nur der Masse, sondern auch dem einzelnen überlegen. Wenn sich eine solche Arbeitsgruppe in echtem Team-Geist zu einem Ziel zusammengeschlossen und aufeinander eingespielt hat, so findet sie schnellere und schlüssigere Lösungen, als es dem Denken des einzelnen möglich ist. Entscheidend ist auch, daß, während die Persönlichkeit in der Massenarbeit unterdrückt wird und verkümmert, sie sich in der Gruppenarbeit entfalten kann.

Es wurde weiter festgestellt, daß Lob und Anerkennung — etwa in Form von Prämien und Leistungszulagen — die Leistung steigerten und daß Tadel und Strafe oder der „Druck von oben“ auf die Erfüllung eines Solls die Leistungen zwar vorübergehend ansteigen lassen, daß sie aber schon bald stark absinken.

Manche Frage, die den Arbeiter und die Arbeit betrifft, wird sich in den Betrieben vom Menschlichen, vom Psychologischen her erfolgreich anfassen lassen. Fraglos werden durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsklimas dann auch die Arbeiter profitieren.

EIN NEUER WEG:

Industriemeister

Die ersten Industriemeister unseres Werkes haben in einer würdigen Feierstunde ihre Meisterurkunde erhalten. Hiermit ist ein neuer Weg in der gesamten Schwerindustrie beschritten. Aus den Ansprachen, die von Arbeitsdirektor Berndsen, Ausbildungsleiter Freund, stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Hutfilker usw. bei der Feierstunde gehalten wurden, fassen wir zusammen:

Bisher wurde man in den Produktionsbetrieben durchweg nur durch Berufserfahrung Meister, z. B. Walzmeister, Züchtlemeister usw. Die Industrie kannte die Bezeichnung „Meister“ — wie wir sie aus dem Begriff „Handwerksmeister“ kennen — bislang nur in ihren Spezialwerkstätten. Überhaupt war die Industrie bisher in Beziehung Berufsausbildung stark vernachlässigt. Wohl wurden seit 25 Jahren Lehrlinge und Facharbeiter ausgebildet — Ausbildungsmöglichkeiten über den Facharbeiter hinaus jedoch gab es nicht.

Arbeitsdirektor Berndsen erkannte vor drei Jahren die zwingende Notwendigkeit der Inangriffnahme einer Erwachsenenbildung. Wir hatten nun einen Plan ausgearbeitet, in Verfolg dessen die Ausbildung zum Meister vorgenommen werden konnte. Dieser unser Plan wurde mit dem Industrie- und Handelstag in Bonn abgestimmt. Hiernach erstreckte sich die Ausbildung über einen Zeitraum von zwei Jahren mit vier Ausbildungssemestern und insgesamt rund 700 Ausbildungsstunden. Das Ziel war, der Industrie Meister zu geben, deren Urkunde denselben Rang und Klang hat wie die des Handwerksmeisters.

In den Kreisen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft haben gewisse Meinungsverschiedenheiten darüber be-

standen, ob es richtig sei, von den Industriemeistern eine Prüfung zu verlangen. Unseres Erachtens hat die Prüfung und hat auch das Ergebnis gezeigt, daß wir mit unserem Lehrgang den richtigen Weg beschritten haben. Die Ausbildungszeit war hart, die Auslese war dementsprechend groß. Die Teilnehmerzahl betrug zunächst 38, neun von ihnen haben die Prüfung bestanden, zwei haben nicht bestanden.

Mit dem Abschluß der Prüfung ist die Aufgabe noch nicht erfüllt. Jeder Prüfling wird auch in Zukunft ernst und intensiv an sich arbeiten müssen, damit er den sich steigernden Anforderungen innerhalb unseres Werkes nachkommen kann. Zur Zeit läuft ein neuer Lehrgang für Produktionsarbeiter. Es steht zwar bei uns der Facharbeiter neben dem Produktionsarbeiter, und neben beiden steht der Angestellte — aus diesen drei Gruppen aber muß eine innige und unlösliche Gemeinschaft werden.

Je höher und besser geschult der einzelne Werksangehörige ist, desto stärker sind wir als Werk, desto ergiebiger ist der Erlös und desto höher auch können die sozialen Aufwendungen sein. Das Endziel ist — wie bei vielen Wegen, die wir angebahnt und beschritten haben —: die konsequente Aufwärtsentwicklung des Arbeiters zum Wirtschaftler im Betrieb, die Gleichstellung der Wirtschafts-demokratie neben der politischen Demokratie.

Welche Bedeutung dem „Industriemeister“ zugemessen wird, erhellt auch daraus, daß auf Anregung der Industrie- und Handelskammer vom Nordwestdeutschen Rundfunk eine Reportage innerhalb unseres Werkes über die Ausbildung zum Industriemeister durchgeführt wurde.



Sozialpolitische Probleme

Einem Referat von Dr. F. Hellwig, das auf der Betriebsführerzusammenkunft in Baden-Baden überreicht wurde, entnehmen wir folgende Gedankengänge:

Der Forderung, dem Arbeitnehmer einen höheren Anteil an dem Sozialprodukt zu geben, kann aus folgenden Quellen entsprochen werden:

1. Aus dem Unternehmensgewinn, und zwar
 - a) aus dem für den Verbrauch bestimmten Unter-einkommen;
 - b) aus dem sparfähigen Teil des Unternehmerein-kommens.
2. Aus dem Einkommen anderer Erwerbspersonen.
3. Aus der Steigerung des Sozialproduktes durch die Erhöhung der Produktion und der Produktivität.

Die gewerkschaftliche Lohnpolitik hat bis Ende 1950 den ge-steigerten Anteil am Sozialprodukt im wesentlichen aus der Vergrößerung des Sozialproduktes herausgeholt. Es mehren sich jetzt aber die Anzeichen, daß ein weiterer Anteil zu Lasten anderer Einkommensgruppen einschl. des für die Investitionen bestimmten Teiles des Unternehmereinkommens gehen würde. Die Aufbesserung der Renten und Fürsorge-leistungen, der Gehälter und Pensionen im öffentlichen Dienst hinkt der Einkommensentwicklung bei den Lohn-empfängern bedenklich nach. Dadurch sind Verschiebungen in der Einkommensstruktur der Gesamtbevölkerung ein-getreten.

Im althergebrachten Sinne beschäftigt sich die Sozialpolitik vorwiegend mit den Problemen des Arbeiterstandes. Er war der „vierte Stand“, worunter gleichzeitig die sozial schwächste Schicht verstanden wurde.

Das ist inzwischen von Grund auf anders geworden. Die oberste Schicht sind Unternehmer und leitende Funktionäre in Politik und Wirtschaft. Es folgt die Masse der industriellen Facharbeiter. An dritter Stelle kommen erst die Angestellten, Beamten und die freien Berufe, an vierter Stelle die Hilfs-arbeiter und Landarbeiter. Die unterste Schicht, jetzt der „fünfte Stand“, sind Millionen von „Deklassierten“. Hierher gehören Sozialrentner und Pensionäre, Arbeitslose und Erwerbsunfähige, Flüchtlinge, Kriegshinterbliebene, Kriegs-geschädigte, Währungsgeschädigte.

Dieser fünfte Stand ist der eigentliche Bereich der sozialen Not und Spannungen. Er schließt ein:

Arbeitslose	1,5 Millionen
Sozialrentner	4,0 „
Versorgungsberechtigte Kriegs- beschädigte	1,5 „
Kriegerwitwen	0,85 „
Kriegerwaisen	1,3 „
Empfänger für Unterhaltshilfe, Unterstützungsempfänger öffentlicher Fürsorge	1,4 „

Berufserfahrung - ein wichtiger Arbeitsfaktor

Wissenschaftler und Ärzte haben nachgewiesen,
daß das Leben mit 40 Jahren beginnt

Die Praxis in Industrie und Wirtschaft beweist gelegentlich dem 45—50jährigen, daß er schon als zum alten Eisen gehörig zu betrachten ist. Ist es nun wirklich so, daß der 50jährige nicht mehr so viel leisten kann wie sein um 20 Jahre jüngerer Arbeitskollege? Oder leistet nicht gerade der an Berufs- und Lebenserfahrung reichere Angestellte im Endergebnis doch mehr als normalerweise der spring-lebendige junge Mann? Ist nicht die Leistung des „Alten“ mit anderen Maßstäben zu messen?

Täglich ist es zu erleben, daß Firmen aller Sparten es ab-lehnen, Arbeitskräfte über 45 Jahre anzustellen. Um der statistischen Genauigkeit willen greifen wir aber auf einen anerkannten amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler zu-rück, der bei 3500 überprüften Stellenangeboten feststellte, daß rund 97 Prozent dieser Angebote Männer über 45 Jahren benachteiligten. Man hat in den USA schon 1950 diese ver-breitete Ablehnung älterer Jahrgänge zum Anlaß genommen, um mit einem Gesetz derartigen sozialen Ungerechtigkeiten vorzubeugen. Die Weigerung von Arbeitgebern, Arbeit-nehmer zwischen 45 und 65 Jahren wegen ihres Alters ein-zustellen, wurde in einem Staat für gesetzwidrig erklärt. Freilich konnte dieses Gesetz das Übel nicht an der Wurzel packen. Praktisch bedeutet es nur einen moralischen Anruf, daß bei Stellungsangeboten keine Altersgrenze angegeben werden darf. Die Sinnlosigkeit der Altersbegrenzung muß einer sich bereits anbahnenden besseren Einsicht überlassen werden. Personaldirektoren und Arbeitgeber müssen erkennen, daß

Diese rund 11 Millionen stellen etwa die Hälfte der Ein-kommensbezieher dar. Davon haben 4,5 Millionen — Rent-ner und Sozialunterstützte — ein Monatseinkommen bis zu 100 DM. Die übrigen bleiben im allgemeinen unter 250 DM. Für eine Neuorientierung unserer Sozialpolitik ergeben sich hieraus einige grundlegende Forderungen:

1. Schaffung von Arbeitsplätzen durch Ausweitung der Produktion.
 2. Weitere Produktionsausweitungen zur Vergröße-rung des Sozialproduktes und des Steueraufkom-mens.
- Die alten Wege
- a) Sozialversicherung,
 - b) Korrektur der Einkommensverteilung durch die Steuerpolitik,
 - c) Betriebliche Sozialpolitik

können die Not des fünften Standes nicht beseitigen. Der größte Teil der notleidenden Schichten steht außerhalb der Sozialversicherung. Bei unveränderter Höhe des Sozialpro-duktes ist das gegenwärtige Steueraufkommen nicht mehr wesentlich zu erhöhen. Betriebliche Sozialpolitik kommt nur den in Arbeit Stehenden zugute.

Durch diese Sozialpolitische Aufgabenstellung wird mehr denn je die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik unter-strichen. Folgende Ziele müssen angestrebt werden:

1. Erhöhung des Sozialproduktes unter besonderer Entwicklung der Engpaßzweige.
2. Generelle Verbilligung der Produktion durch Ratio-nalisierung, Standardisierung und innerbetriebliche Leistungssteigerung.

Die Kostensenkung durch Standardisierung vor allem im Konsumgütersektor wird für die Unternehmen die vordring-liche soziale Aufgabe sein.

Sämtliche betrieblichen Sozialmaßnahmen sollten auf diese Gesamtaufgabe ausgerichtet sein. Der echte Leistungslohn zielt auf die Mengenkonjunktur, die Gewinnbeteiligung neigt dazu, Preiskonjunkturen auszunutzen. Die Beteiligung am Ertrag sollte grundsätzlich nur mittels solcher Verfahren erfolgen, bei denen nicht nur die Steigerung der Produktion, sondern auch der Produktivität und damit die Verbilligung der Produktion gewährleistet ist. Wenn die Aufgabe der Wirtschaft die ist, sozialpolitische Leistungen über den Markt herbeizuführen, dann sind schematische Formen der Gewinn-beteiligung wegen der Gefährdung des Leistungsstrebens abzulehnen, statt dessen jedoch elastische Systeme zu ent-wickeln, die sicherstellen, daß ein unmittelbarer Zusammen-hang zwischen persönlicher Leistung und Gewinnbeteiligung besteht.

Die Beschränkung auf jüngere Berufskräfte ein Unsinn ist, der sich früher oder später in vielem rächt. Es ist Zeit, daran zu denken, daß wir auf die Dauer ohne die Akti-vierung jenes reichen Schatzes an Erfah-rungen und Arbeitswissen, den die Älteren besitzen, zwangsläufig in der Produktion und auf dem Weltmarkt zurückfallen. Erst wenn alle Betriebe ihre Per-sonalpolitik überprüft und in Einklang mit den tat-sächlichen Lebensverhältnissen des Volkes gebracht haben, wird ein Weg verlassen, der sonst zu einer Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge für die jüngeren Jahrgänge führt, der dem Staat untragbare Lasten aufbürdet.

Nicht nur die volkswirtschaftliche Begründung ist aus-schlaggebend. Der Vorteil, den jeder Betrieb aus der vor-handenen Reserve an Berufserfahrung und Hand-fertigkeit, an Überblick und der Durchdringung der Materie, wie sie die alterfahrenen Arbeitskräfte besitzen, ziehen kann, ist ein weiteres ausschlaggebendes Moment. Gegenüber allen Zukunftsfanaren von neuen Elixieren, die dem Menschen jugendliche Spannkraft er-halten sollen, besteht das Problem des Alterns für jeden von uns. Dies sollte sich jeder überlegen, der in der Blüte seiner Jahre steht. Wie sähe es um unsere Wirtschaft aus, wenn das Alter von Universitätsprofessoren und Ärzten auf 45 Jahre beschränkt wäre? Die wirklich bedeutenden Firmen haben schon seit Jahrzehnten aus der Erfahrung ihrer Arbeiter eine Betriebspraxis geschaffen, die solche Fehler wie die Ablehnung älterer Jahrgänge nie machte, sondern im Gegenteil den größten Nutzen aus lebenslangen Erfah-rungen der Mitarbeiter zogen — und darauf kommt es an.

Technik UND Produktion

ALLGEMEINES

Neue Draht-Entzunderungsmaschine

Bei der Herstellung von Walzdraht entsteht auf der Oberfläche des Drahtes eine festhaftende Oxydschicht (Walzhaut, Glühzunder), die in der Weiterverarbeitung nach den bisher üblichen Verfahren mit Salz- oder Schwefelsäure abgebeizt wird. Die säurehaltigen Abwässer wirken zerstörend auf die Lebewesen in den Flüssen und auf die Kanalisation.

Diese Nachteile werden durch die Anwendung der mechanischen Entzunderung vermieden. Eine solche Draht-Entzunderungsmaschine wurde von dem französischen Ingenieur Linné erfunden (Vertrieb durch Firma Zahn & Co., Hameln/Weser). Die Maschine entzundert Walzdraht bis 16 mm Durchmesser und wird unmittelbar vor die Ziehbank gestellt. Die Entzunderung erfolgt in mehreren Stufen durch Rollenpaare und rotierende Bürsten. Der aus den Bürsten austretende Draht ist praktisch frei von Zunder und wird ohne Zwischenbehandlung der Ziehbank zugeführt.

Der gebeizte Draht hat eine raue, der mechanisch entzunderde dagegen eine welligere Oberfläche, die ihn für die Aufnahme des Zieh-Schmiermittels gut geeignet macht. Die Unterschiede der Oberflächenbeschaffenheit gleichen sich jedoch beim Ziehen wieder vollkommen aus.

Die Maschine erfordert nur eine Grundfläche von 60×50 cm und hat eine Bauhöhe von 110 cm. Ein besonderer Antrieb ist nicht erforderlich, denn die Rollen und Bürsten werden von dem durchlaufenden Draht, also von der Ziehbank aus, in Bewegung gesetzt.

Brückengleise auf Gummi

Im Bereich der Deutschen Bundesbahn wurde in Calw im Nagodtal eine Eisenbahnbrücke in Betrieb genommen, bei der das Gleis anstatt des sonst üblichen Schotterbettes auf Gummipolster gelagert ist. Diese neuartige Konstruktionsweise wurde entwickelt, um die Bauhöhe, d. h. den Abstand von Unterkante der Brückenkonstruktion bis Oberkante Schiene möglichst klein zu halten. Die Befestigung der Schiene auf den Schwellen ist die gleiche wie bei dem normalen Stahlschwellenoberbau. Die Schwelle ist jedoch in der Gleismitte fest mit der Brückenkonstruktion verschraubt, während sie unter der Schiene die Möglichkeit hat, der Nachgiebigkeit des Gummipolsters zu folgen. Damit hierbei ein „Reiten“ der Schwelle vermieden wird, ist das Widerstandsmoment am Befestigungspunkt in Schwellenmitte entsprechend vermindert.

Das Gummipolster ist auf einer mit dem Beton der Brücke festverbundenen Stahlplatte aufvulkanisiert. Bei Vollast gibt das Gummipolster um etwa 3 mm nach, d. h. um das gleiche Maß, wie es auch bei gutem Schotterbett gegeben ist. Die Zusammensetzung der Gummimasse ist so gewählt, daß bei der geschützten Lage des Polsters unter der Schwelle die Erhaltung der Elastizität auf mindestens zehn Jahre gewährleistet erscheint. Inwieweit diese Erwartungen zutreffen, muß der Zukunft überlassen bleiben.

Torf als Brennstoff

Die Torflager bilden eine wichtige Brennstoffreserve in Notzeiten. Es ist kein Wunder, daß heute überall die wirtschaftliche Verwendung des Torfs erneut gefördert wird. In Deutschland ist schon vor 30 Jahren, nachdem der Vertrag von Versailles die Lieferung gewaltiger Kohlenmengen an die Alliierten auferlegte, der Torfverbrauch gewaltig gesteigert worden, und zwar von 50 000 t im Jahre 1920 innerhalb von zwei Jahren auf 1 500 000 t jährlich. Der Torf wurde als gepreßter Torf in kohlegefeuerten Wärm- und Glühöfen in Mischung mit Steinkohle verarbeitet bzw. auch z. T. in Gasgeneratoren vergast.

Torf läßt sich wegen seines hohen, teilweise kolloidal gebundenen Wassergehaltes als Brennstoff nur in der Nähe der Torflager verwerten. Die Verwertung in Kraftwerken bedarf großer regelmäßig zugeführter Mengen, weshalb die mechanische Gewinnung und Aufbereitung weit entwickelt worden ist. Die Torflager in Deutschland (alten Umfangs) betragen nach einer Schätzung von 1915 rd. 2 500 00 ha.

Auch Frankreich (wie auch andere Länder) verfügt über ansehnliche Torflager, die sich über das ganze Land so günstig verteilen, daß angesichts der in ganz Europa herrschenden Brennstoffnot ihre industrielle Ausnutzung nur eine Frage der Zeit ist. Man baut in Frankreich neuerdings einen Torfgaserzeuger Patent Migeon, der vorgetrockneten, gepreßten Torf mit 60 Prozent Feuchtigkeit und 95 Grad warm in die Trockenzonen des Generators einbringt und ihn mit nur noch 35–40 Prozent Feuchtigkeit in den eigentlichen Generator eintreten läßt. Das verdampfte Wasser kommt mit dem Generatorgas nicht in Berührung. Das Generatorgas findet in erster Linie Verwendung für die Beheizung von Kalköfen und zum Brennen von Ton und anderen Erden. Eine Fortleitung auf größere Entfernungen trägt das Torf-Generatorgas wegen seines verhältnismäßig geringen Heizwertes nicht.

EISEN- UND STAHLINDUSTRIE

Beachtliche Steigerung der westdeutschen Stahlproduktion im Oktober

Es wurden erzeugt:	Oktober	September 1951
Stahlhalbzeug	375 310 t	358 150 t
Walzstahl	871 302 t	762 023 t
davon aus ausländischen Brennstoffen	180 000 t	160 000 t

Schrottlieferung der Bundesbahn

Die Deutsche Bundesbahn hat seit Kriegsende 1,4 Millionen t Schrott abgeliefert. Durchschnittlich fallen jährlich 250 000 t durch Ausmusterung alter Fahrzeuge, Ersatz von Oberbau und Brücken, Aufräumen vom Bombenschaden in den Ausbesserungswerken an. In diesem Jahre hat die Bundesbahn eine Sonderaktion eingeleitet, die weitere 80 000 bis 100 000 t Schrott aufbringen soll. In diese Sonderaktion ist auch die Verschrottung von 600 alten Lokomotiven einbezogen. Die Deutsche Bundesbahn ist demnach ein wertvoller Schrottlieferant.

Schrotteinsatz im Hochofen- und Stahlwerk

Im Monatsdurchschnitt 1950 wurden von den Hochofen- und Stahlwerken 600 000 t Schrott aufgenommen. Das entspricht etwa 60 % des erzeugten Rohstahlgewichtes. Von der Schrottmenge gingen 395 000 t in die SM-Stahlwerke, deren Verbrauch bei rund 70 % der Stahlerzeugung lag. Die Hochofenwerke verarbeiteten im Monatsdurchschnitt 1950 170 000 t Schrott; das entspricht etwa 215 kg je Tonne erzeugten Roh-eisens. Infolge der Verschärfung des Schrottmangels ist der Verbrauch bis August 1951 auf 130 kg je Tonne zurückgegangen und damit unter den Durchschnitt der westeuropäischen Länder abgesunken. Für die Thomasstahlerzeugung wurden im Durchschnitt 1950 monatlich 20 000 t und für Elektrostahl 17 000 t verbraucht.

Deutsche Schienenlieferungen nach Chile

Die chilenische Staatseisenbahn hat mit westdeutschen Firmen einen Kontrakt über Lieferung von 4000 t Schienen geschlossen. Die erste Sendung von 1000 t ist inzwischen in Chile angekommen. Die restliche Menge wird im Oktober ausgeliefert.

Neue Eisenpreise ab 1. November 1951

Der bisherige Kostenausgleichszuschlag von 50 DM je Tonne für den Durchschnitt der Walzwerkserzeugnisse ist durch Verordnung des Bundeswirtschaftsministers um weitere 37 DM auf 87 DM erhöht worden. Von den 37 DM entfallen 20 DM auf inzwischen eingetretene effektive Kostensteigerungen, während 17 DM als Kostenausgleich für das auf die inländische Verarbeitung umgelenkte Walzisen gedacht sind, das aus Importkohle hergestellt wird.

Beachtlich ist, daß die Erhöhung des Ausgleichsbetrages nur zur Abdeckung echter Kostenelemente dient und keinerlei zusätzliche Spannen für die eisenschaffende Industrie enthält. Da der neue Ausgleich für den Durchschnitt aller Walzwerkserzeugnisse gilt, werden die auf die einzelnen Erzeugnisse entfallenden Zuschläge noch errechnet.

Blick IN DIE PRESSE

Wirtschaft und Presse

Auf einer Arbeitstagung von Unternehmern, Geschäftsführern von Kammern und Verbänden und Journalisten aus Hessen hielt Dr. Wolfgang Mansfeld (Köln) ein geschlossenes Referat über die publizistischen Aufgaben des deutschen Industrieinstitutes. Dr. Mansfeld ging davon aus, daß im Durchschnitt der Zeitungen auf 12 von den Gewerkschaften stammenden Meldungen eine aus Arbeitgeberkreisen stammende Meldung entfalle. Dazu beeinflussten die Gewerkschaften mit Hilfe ihres Zeitungskonzerns, der 32 Zeitungen und Zeitschriften mit einer Auflage von 4 Millionen umfasse, mit den Methoden der Massensuggestion systematisch weite Bevölkerungskreise. Diese Entwicklung sei wegen der Unberechenbarkeit aller Massenbewegungen besonders gefährlich. Da auch die größten Leistungen unseres Wirtschaftssystems auf die Öffentlichkeit keinen Einfluß haben, wenn sie ständig herabgesetzt werden, sei das deutsche Industrieinstitut gegründet worden, mit dem besonderen Ziel, die Auffassungen des Unternehmertums zu vertreten. Das Institut wolle nicht einhämmern, sondern durch sachliche Argumente überzeugen. In dem Institut arbeiteten langjährige Journalisten, die das Ethos des Journalisten und der Wunsch nach Unabhängigkeit voll respektieren. Es werde von den Zeitungen nicht mehr erwartet als eine objektive, vorurteilslose Berichterstattung...

Fast eine Billion DM

Wenn wir von den amerikanischen Milliardenausgaben für die Rüstung lesen, müssen wir dies vor dem Hintergrund des amerikanischen Volkseinkommens sehen. Das ist im vergangenen Jahr von 196 auf 217 Milliarden Dollar gestiegen. In DM umgerechnet, nähert es sich nun der Billionengrenze und steigt in jene astronomischen Höhen, die wir bisher nur aus der ersten Inflation in Deutschland kannten.

Auf den Kopf der Bevölkerung ist das Einkommen wieder um 9 Prozent auf 1436 Dollar gestiegen, das sind etwa 6000,— DM, gegenüber einem Volkseinkommen von höchstens 2000 DM je Kopf in Westdeutschland (Sonntagsblatt.)

Vier Milliarden DM Sozialleistungen

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände hat in einer Untersuchung über betriebliche Sozialleistungen auf der Basis des Jahres 1949, die über 1,1 Millionen Arbeitnehmer (das sind etwa 25 Prozent aller Arbeitnehmer der westdeutschen Industrie) umfaßt und damit an den Repräsentationsgrad der amtlichen Statistik heranreicht, festgestellt, daß die vorliegenden Ergebnisse ein im Durchschnitt der Gesamtindustrie überraschend hohes Ausmaß der betrieblichen Sozialleistungen zeigen. Insgesamt wurden mehr als 23 Prozent der bereinigten Bruttolohnsumme und, wenn man die Arbeitgebersätze der gesetzlichen Sozialversicherungen hinzurechnet, sogar über 35 Prozent (Großbetrieben im Durchschnitt etwa 38 Prozent), von den Unternehmungen der westdeutschen Industrie als soziale Nebenleistungen aufgebracht. Die Bedeutung dieses Ergebnisses könne man erst dann richtig ermessen, erklärt die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände zu dieser Untersuchung, wenn man wisse, welche absoluten Beträge hinter den genannten Prozentsätzen stehen. Es seien mehr als 2,6 Milliarden DM — mit den Beiträgen der Arbeitgeber zu den gesetzlichen Sozialversicherungen sogar über 4 Milliarden DM —, die über die reinen Löhne hinaus von der westdeutschen Industrie für soziale Zwecke in einem Jahr aufgebracht wurden, in einem Jahr, in dem die Wirtschaft noch mitten im Wiederaufbau begriffen war. Auf der Grundlage dieses Ergebnisses wird darauf hingewiesen, daß die industriellen Betriebe über die Löhne hinaus für soziale Zwecke wesentlich mehr aufgebracht haben als für wirtschaftliche Investitionen, für die sie im gleichen Zeitraum etwa 2,5 bis 3 Milliarden DM (Selbstfinanzierung der Industrie im Jahre 1949) aufwenden konnte. Aus der Zahlengegenüberstellung der wirtschaftlichen und sozialen Selbstfinanzierung der Industrie werde in besonderer Weise deutlich, mit welcher Einseitigkeit bisher häufig die wirtschaftlichen und sozialen Tatbestände dargestellt und bewertet

worden seien. Diese Erhebung mache klar, daß die überwiegende Mehrzahl der westdeutschen Industriebetriebe nicht einen Weg des wirtschaftlichen Fortschritts um jeden Preis — auch über den Menschen hinweg — eingeschlagen habe, sondern einen Weg der sozialen Verantwortung. (Frankfurter Allgemeine Zeitung.)

Drei Arbeitnehmer ernähren einen Rentner

Insgesamt beträgt die Zahl der Rentner und Unterstützungsempfänger jeglicher Art im Bundesgebiet 9½ Millionen Menschen oder 20 Prozent der westdeutschen Bevölkerung, die Zahl der Rentner und Pensionäre allein 5½ Millionen. Stellt man nur die letzteren der gegenwärtig arbeitenden Bevölkerungsschicht in Westdeutschland gegenüber (rund 15 Millionen Menschen), so ergibt sich, daß heute drei Arbeitnehmer tätig sind, um außer sich und ihre Angehörigen noch zusätzlich einen Rentner mitzuernähren. Die jüngste demographische Entwicklung Westdeutschlands läßt den Schluß übrig, daß innerhalb der nächsten zehn Jahre zufolge der Schwächung des Arbeitskraftpotentials durch Kriegen- und Nachkriegsereignisse, gleichzeitig aber zufolge weiteren Anwachsens der Zahl der Rentner und Pensionsberechtigten, durch eine kontinuierliche, seit Jahren zu beobachtende Verschiebung der Altersgrenze nach oben, nicht mehr drei, sondern zwei Arbeitnehmer zusätzlich einen Rentner oder Pensionsberechtigten miternähren müssen. (Münchner Merkur.)

Interessen, Interessen...

Das Aufgebot der Verbände in der westdeutschen Wirtschaft ist nach der Zahl wie nach ihrer Betriebsamkeit schier unübersehbar geworden. Eine eindrückliche Demonstration ihrer Macht gab es im Sommer bei den parlamentarischen Beratungen des Investitionshilfegesetzes. Vor dem Begräbnis der Aufwandsteuer im Bundesrat Ende der vergangenen Woche war der Auftrieb wohl noch ärger. Der sicher berechtigte Zweifel des Bundesfinanzministers an der vollen Glaubwürdigkeit der Einwände und Bedenken „der Wirtschaft“ wurde zwar vom bayerischen Wirtschaftsminister scharf zensiert — Steuerzahler und Steuereinknehmer werden immer in der Wahrung ihrer berechtigten Interessen ihre Auffassungen kräftig einfärben —, er sprach aber offensichtlich in Notwehr und gleichzeitig gegen die ungebührliche Bedrängnis, in die der ministerielle und der parlamentarische Apparat geraten ist, seitdem es sich neben ihm ein Heer von Experten bequem gemacht hat. Die Regierung hat bei der Auswahl einiger hervorragender Berater eine gute Hand gehabt. Man kennt sie bei Namen. Es gibt aber daneben die nicht immer gebetenen, um so gegenwärtigeren Sachverständigen, deren partikulares Interesse sie hertreibt. Auch ihre Besuche und Anträge sind oft unentbehrlich. Man fragt sich nur, wie standfest die von politischen Parteien aufgestellten Abgeordneten diesem Ansturm massiver Interessen gegenüber sein können. Der Prozeß der „außerparlamentarischen“ Einflußnahme auf Gesetzentwürfe und Regierungsvorhaben scheint weit fortgeschritten zu sein. (Wirtschaftszeitung, Stuttgart.)

Wirtschaftliche Probleme der Wiedervereinigung

Der Wirtschaftsausschuß des Königsteiner Kreises hat unter aktiver Beteiligung der Ministerien und unter Mitwirkung von Experten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung durch die Sachverständigen des Königsteiner Kreises Empfehlungen für den Zeitpunkt der wirtschaftlichen Wiedervereinigung Deutschlands ausgearbeitet. Darin heißt es u. a., daß die Zeit des Übergangs so kurz wie möglich zu bemessen ist, um die mitteldeutsche Wirtschaft in Gang zu halten und vor Störungen zu bewahren. Aus dem gleichen Grunde sollten Sofortmaßnahmen besonders für die Versorgung der Bevölkerung auf dem Gebiete der Währung und für den Fortgang der Produktion getroffen werden. Außerdem müssen für die mitteldeutsche Wirtschaft Vorräte aus den Beständen der westdeutschen Wirtschaft bereitgestellt werden. Schließlich wird betont, daß auch internationale Hilfe für den Wiederaufbau der Sowjetzonenwirtschaft nicht entbehrt werden kann. (Kurier, Berlin.)

Das ewige Problem: Erziehung

Die Frau, die mir bei einer Tasse Kaffee in der Werkstube gegenüber saß, hatte sicherlich ihr sechzigstes Lebensjahr überschritten.

„Sie haben doch sicherlich eine schöne Jugend gehabt, damals, so um die Zeit der Jahrhundertwende . . .?“ fragte ich sie.

„Eine schöne Jugend? Nein, eine schöne Jugend habe ich nicht gehabt. Und es mag vielleicht erstaunlich sein, wie töricht Eltern mit ihren Kindern umgehen, wenn sie es besonders gut mit ihnen meinen möchten. Denn ganz sicher wollten Vater und Mutter mir mit ihrer überaus strengen Erziehung nur die sogenannten späteren Wege des Lebens ebnen. Aber was richteten sie an damit, wenn sie mir praktisch alles verboten, was einem Kinde Spaß macht?“

„Schauen Sie“, sagte die alte Frau, „ich war eine der besten Schülerinnen des Lyzeums. Man brauchte mich nicht anzutreiben. Aber wehe, wenn ich mit einer Note nach Hause kam, die weniger als ‚gut‘ war! Ich wußte genau, wenn ich einmal mit einem Loch im Kleid vom Spielen kam, daß dieses Loch eine Art Zusammenbruch des Haushaltes nach sich zog.“

„Sie ist ein schlechter Schulmeister, die Angst.“

„Ja, und die Reaktion darauf? Man lügt. Mit der Zeit lernte ich so geschickt zu lügen, daß ich fast Freude daran hatte und sogar in Fällen schwindelte, wo es gar nicht notwendig gewesen wäre. Es hat mich ein bitteres Lehrgeld gekostet, bis ich begriff, welche Fehler ich bei der Erziehung meiner eigenen Tochter niemals machen durfte.“

*

„Eine schöne Jugend?“ sagte diese Tochter, die nun selbst schon ein Kind hatte, als ich wenige Tage später mit ihr sprach. „Ich habe eine wunderbare Jugend gehabt. Meine Mutter war mein Freund, mein Kamerad, eigentlich mehr noch: ein Spießgeselle. Wir waren sozusagen eine Räuberbande zu zweien. Ach, was haben wir für Streiche ausgeheckt, nur eben —“

Sie schwieg, die junge Frau. Erst nach einer Weile sprach sie weiter. „Ich habe mir später oft Gedanken gemacht, ob diese Erziehung richtig war. Gewiß, ich hatte ein unendliches Vertrauen zu meiner Mutter. Ich konnte ihr ja jede Dummheit gestehen, brauchte nichts zu verheimlichen. Aber sie hat mir wohl mehr geschadet als genützt, meine gute Mutter, mit dieser Spießgesellenschaft. Sie dürfen mir glauben, daß ich mein Kind, meinen Dieter, anders erziehen werde.“

*

Man hatte mich eingeladen, doch wieder einmal vorbeizukommen; ich klingelte an der Wohnung, und wahrscheinlich war mein Klingeln überhört worden, denn ich vernahm, wie die junge Frau mit ihrem Kind, einem siebenjährigen Jungen, hinter der Wohnungstür sprach. „Dieter“, sagte sie, „stimmt es, daß du die Hildegard gehauen hast? Sie ist soviel kleiner als du, und du hast sie gehauen, stimmt es?“

„Ja“, sagte der Junge namens Dieter, „es stimmt.“

„Das tut man nicht, nicht wahr? Viel, viel schlimmer wäre es natürlich gewesen, wenn du jetzt gelogen hättest. Aber eine Strafe muß trotzdem sein, darüber sind wir uns ja einig. Heute mittag sollte es also Schokoladenpudding geben, und du wirst zur Strafe deinen Pudding der Hildegard bringen, einverstanden?“

„Ja, Mutti.“

*

So wahrheitsgetreu ich freilich versucht habe, die beiden ersten Gespräche aufzuzeichnen, dieses dritte ist erdacht. Wohl klingelte ich, wohl wurde mein Klingeln überhört, und ich vernahm, wie die junge Frau mit ihrem Jungen sprach. „Dieter“, sagte sie, und fast schrie sie es, „du hast die Hildegard, die soviel kleiner ist als du, geschlagen. Ich verbiete dir hiermit, jemals wieder mit ihr zu spielen. Und wenn ich dich trotzdem erwischen sollte, wehe dir!“

*

Und was wird Dieter einmal von seiner Jugend sagen?

Kinder und Eltern

Amerika ist dafür bekannt, daß es Umfragen nach allen Dingen des täglichen Lebens hält, um aus ihnen Anregungen für das tägliche Leben zu entnehmen. Kürzlich hat die „New York Times“ das Ergebnis einer Rundfrage veröffentlicht, die unter Kindern von 3—16 Jahren veranstaltet wurde, die ihre Eltern beurteilen sollten. Es ergab sich dabei, daß allzu gutmütige und nachgiebige Eltern keineswegs bevorzugt wurden. Am meisten geschätzt wurde Konsequenz im Verhalten der Eltern und ihre Respektierung der Selbständigkeit und Eigenpersönlichkeit der Kinder. Als Gesamtergebnis stellt die Zeitung fest: Die amerikanischen Kinder sind im großen und ganzen mit ihren Eltern zufrieden.

Und wozu erziehen wir unsere Kinder?

Dieses ist natürlich keine Frage nach dem Grund, sondern nach dem Ziel der elterlichen Erziehung. Das Bielefelder EMNID-Institut für Meinungsforschung hat in dieser Richtung eine Umfrage durchgeführt. Aus der Vielzahl der Erziehungsziele wurden drei besonders herausgehoben und zur Auswahl vorgelegt. Sie lauteten: „Gehorsam und Unterordnung“, „Ordnungsliebe und Fleiß“, „Selbständigkeit und freier Wille“. Auch wenn man zugeben muß, daß diese enge Klassifizierung die Fragestellung etwas problematisch macht und einer individuellen Aussage wenig Raum läßt, ist das Ergebnis doch nicht uninteressant:

„Ordnungsliebe und Fleiß“ stehen bei uns Deutschen in der Wertung voran, und zwar bei den Frauen noch etwas höher als bei den Männern. 41 Prozent der Befragten entschieden sich hierfür.

Bemerkenswert sind die Unterschiede bei den Konfessionen. In der Forderung nach „Gehorsam und Unterordnung“ verhalten sich Katholiken zu Protestanten zahlenmäßig wie 29:22. Bei der Selbständigkeit und dem freien Willen ist es umgekehrt: Protestanten 33 und Katholiken 22 Prozent.

Die jüngeren Eltern betonen „Gehorsam und Unterordnung“ weniger stark als die älteren Jahrgänge; bei ihnen stehen „Selbständigkeit und freier Wille“ höher im Kurs. Unter der Landbevölkerung haben Gehorsam und Unterordnung das größte Gewicht, während die freien Berufe ihre Kinder zu möglichst großer Selbständigkeit erziehen wollen.

Ist das Ergebnis überraschend? Es bestätigt uns, was wir in Kenntnis unserer geschichtlichen Entwicklung und unseres Volksgefühls vermuten durften. Und so können wir uns ausmalen, wie die kommende Generation aussehen könnte, wenn — wenn die Kinder so aussähen, wie die Eltern sie sich denken.

Vom Menschen

Beurteilen wir die Taten der Menschen; Gott möge über ihren Glauben urteilen.

*

Wie schön ließe sich unter uns wohnen, wenn die äußere Haltung stets das Abbild unseres Herzens wäre!

*

Man muß Gutes tun und die Leute reden lassen.

*

Was sollen unsere Kinder lernen? — Was sie als Erwachsene tun sollen — nicht, was sie vergessen sollen.

*

Wollen wir in Frieden leben, muß der Friede aus uns selbst kommen.

*

Gewalt verleiht kein Recht.

Rousseau



UNSER

BRIEFKASTEN

Frau E. M.:

Wir Frauen möchten auch durch die Werkszeitung unseren herzlichen Dank aussprechen für die uns gewährte Führung durch einige Betriebe der Westfalahütte.

Gleichzeitig rufen wir allen Frauen, deren Männer auf der Hütte beschäftigt sind, zu: Folgen auch Sie der Einladung zur Besichtigung, erst dann können wir unseren Männern in den acht Stunden Arbeitszeit nahe sein, sei es auch nur in Gedanken. Wissen wir denn ohnehin, wie mühselig unsere Ernährer ihren Lohn verdienen? Mit doppelter Umsicht und auch Nachsicht werden wir unseren Männern die Freizeit erleichtern, denn jetzt verstehen wir vieles, was uns vorher unbegreiflich war. Wir Frauen, die wir an einer Besichtigung teilnahmen, waren auf das tiefste ergriffen. Jetzt begriffen wir den wirklichen Wert der Arbeit. Müssen wir bei dieser Gelegenheit nicht auch an die vielen sozialen Einrichtungen denken? Jetzt durften wir diejenigen kennenlernen, denen wir alles verdanken: Die Arbeit unserer Männer und die Westfalahütte. Wir danken dem Vorstand der Westfalahütte für die uns ermöglichte Besichtigung.

Frau R.:

Ich habe mit noch 11 Frauen an einer Werksbesichtigung teilgenommen. Ich muß sagen, ich habe es mir nicht so vorgestellt. Ich habe oft mein Herz in beide Hände nehmen müssen, um nicht feige zu erscheinen. Es war gefährlich schön. Ich bin der Betriebsleitung sehr dankbar, daß ich mal einen kleinen Einblick in das Werk nehmen durfte. Ganz besonders habe ich mich gefreut, den Betrieb meines Mannes zu sehen.

Frau M. K.:

Zum ersten Male hatte ich Gelegenheit, die Westfalahütte nicht nur von außen zu sehen. Augen und Ohren konnten nicht genug neue Eindrücke aufnehmen. In schnellem Tempo ging es zu den einzelnen Betrieben. Die riesigen Ungetüme in der Gaszentrale und im Maschinenhaus zwangen uns unwillkürlich zum Vergleich mit unseren Haushaltsmaschinen. Hochöfen, Stahlwerke, Walzwerke gaben uns eine Vorstellung von der Schwere der Arbeit, die unsere Männer leisten müssen. Mutig ertrugen wir Hitze und Höllenspektakel mit der tröstlichen Aussicht, doch wieder herauszukommen. Nebenbei sei dem jungen Lokführer gesagt, daß er in Zukunft sich andere Scherze aussuchen soll, als mit Volldampf durch Frauengruppen zu fahren. Einem alten Werkshasen macht das wohl nichts aus, aber — na ja, wir sind das eben nicht gewohnt. In einer abschließenden Unterhaltung wurden unsere Eindrücke noch vertieft. Wir werden diese Besichtigung nicht vergessen und danken allen, die sie möglich gemacht haben.

A. I., Blechwalzwerk I/II:

Ich möchte für den Wiederaufbau meines zerstörten Wohnhauses die notwendigen Eisenträger von unserem Werk beziehen. Wohin kann ich mich wenden?

Wir können Eisen nur an unsere Belegschaftsmitglieder für deren privaten eigenen Bedarf abgeben. Zur Prüfung ist der Sozialabteilung mit der vom Betriebschef unterschriebenen Privatanforderung gleichzeitig die Baugenehmigung mit Bauzeichnung vorzulegen. Nur wenn ganz einwandfrei der Nachweis erbracht wird, daß das Eisen für das Belegschaftsmitglied selbst bestimmt ist, kann die Genehmigung erteilt werden.

F. T., Verwaltung:

Liebe Schriftleitung! Unter „Es kann vorkommen“ batest du vor einiger Zeit um ein paar freundliche Worte der Entschuldigung, wenn man sich beim Telefonieren in der Nummer geirrt hat. Ich glaube, daß diese Bitte, den „inneren Schweinehund“ zu überwinden, wohl auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

In Anknüpfung an diese Bitte folgendes: Viel habe ich in der letzten Zeit von „human relations“ gelesen, die uns aus Amerika zur Nachahmung empfohlen wurden. Wenn ich dieses „Schlagwort“ richtig verstanden habe, kommt es doch hierbei darauf an, im Betriebe gute menschliche Beziehungen vom Kollegen zum Kollegen — aber auch vom Chef bis zum jüngsten Arbeiter und Angestellten — zu schaffen und hierdurch sämtliche Spannungen und Mißstimmungen zu beseitigen, die sonst die Arbeitsfreude hemmen. Ich kann mit Freude feststellen, daß gerade in unserem Werk diese Betriebssolidarität gewachsen ist, die auch gute Früchte im Interesse aller Kollegen bringt.

Ab und zu fällt aber ein „Reif“ auf dieses Blühen, leider wieder durch das anfangs erwähnte Telefon. In der vergangenen Zeit mußte ich öfter erfahren, daß meist „Höhere“ am Telefon den Knigge vergessen und ohne jedes „Danke schön“ oder sonst ein Wort einfach einhängen, wenn sie hören, daß der gewünschte Chef nicht da ist. Ich weiß, daß oft die Zeit drängt, aber schon kurze Zeit danach überschlägt sich dieser „Faß-dich-kurz-Gewaltige“ bei einem vielleicht Gleichgestellten vor lauter Freundlichkeit.

Fasse diese Zeilen nicht als „Meckern“ auf, sie sollen vielmehr dazu beitragen, daß wir uns alle bemühen, im Betriebe alle Spannungen und Möglichkeiten zur Verärgerung zu beseitigen, und daß wir alle dem Kollegen, ganz gleich wo er seine Pflicht tut, mit dem Herzen entgegenkommen und so als Mitarbeiter gewinnen.

EXEMPLARISCHE HERBSTNACHT

Nachts sind die Straßen so leer.
Nur ganz mitunter
markiert ein Auto Verkehr.
Ein Rudel bunter,
raschelnder Blätter jagt hinterher.

Die Blätter jagen und hetzen.
Und doch weht kein Wind.
Sie rascheln wie Fetzen und hetzen
und folgen geheimen Gesetzen,
obwohl sie gestorben sind.

Nachts sind die Straßen so leer.
Die Lampen brennen nicht mehr.
Man geht und möchte nicht stören,
Man könnte das Gras wachsen hören,
wenn Gras auf den Straßen wär.

Der Himmel ist kalt und weit.
Auf der Milchstraße hat's geschneit.
Man hört seine Schritte wandern,
als wären es Schritte von andern,
und geht mit sich selber zu zweit.

Nachts sind die Straßen so leer.
Die Menschen legten sich nieder.
Nun schlafen sie, treu und bieder.
Und morgen fallen sie wieder
übereinander her.

ERICH KASTNER

Die berufstätige Frau in der Wirtschaft

Karl Osterkamp vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes sprach vor über 200 Delegierten des DGB-Ortsausschusses Dortmund über „Die sozialen Probleme der berufstätigen Frau“:

Die Erwerbstätigkeit der Frauen sei relativ niedriger als vor dem Kriege. Dieses wäre der Fall, obwohl der Frauenüberschuß in den Altersklassen über 22 Jahre 3 Millionen betrage. Der Anteil der berufstätigen Frau in der gewerblichen Wirtschaft sei allerdings gestiegen, in der Landwirtschaft und im Haushalt aber zurückgegangen. Ursache wäre die große Umschichtung seit 1938, Verlust der Heimat, des Heimes infolge der Zerstörungen, Auseinanderfall der Familien und insbesondere der Verlust der verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen, die vorher bestanden hätten. 14 Prozent der beschäftigten Frauen seien verwitwet oder geschieden. Fast 2 Millionen meistens heimatvertriebene Frauen im erwerbsfähigen Alter versuchten, als Arbeitnehmer in die gewerbliche Wirtschaft aufgenommen zu werden.

Die gesellschaftliche Funktion der Frau in unserem Sozialkörper habe sich entscheidend gewandelt. 31 Prozent der Arbeitnehmer in Westdeutschland seien Frauen, die aber nur 23 Prozent der Summe des Arbeitsinkommens erhielten. Das beweise, daß die formal rechtlich festgelegte Gleichberechtigung in der Wirtschaft für die Frau nicht vorhanden sei. In der Konsumgüterindustrie beherrsche die Frau als Arbeitnehmer das Feld. 80 Prozent der in der Bekleidungsindustrie Beschäftigten seien Frauen, in der Tabakindustrie 78 Prozent, in der Süßwarenindustrie 67 Prozent und in der Spielwarenindustrie 62 Prozent. Auch in Schuhwaren, Textilien, Nahrungsmitteln, Papier betrage der Anteil der Frauen in der Beschäftigtenziffer über 50 Prozent.

Diese Entwicklung werde sich fortsetzen, weil noch größere Produktionskapazitäten aufgebaut werden müßten, von denen die Mehrzahl weibliche Arbeitskräfte beanspruchten. Die deutsche Frau habe unter ganz besonderen gesellschaftlichen Bedingungen ihre Rolle übernehmen müssen. Nur 23 Prozent der beruflichen Ausbildungsstellen ständen für Frauen zur Verfügung. Hierbei handele es

sich überwiegend um Anlernstellen. In der Haus- und Landwirtschaft wären die Arbeitsbedingungen so schlecht, daß nicht immer die Vermittlung in eine solche Stelle ratsam erscheine.

Für die ledige arbeitende Frau spiele der Wohnraum-mangel eine große Rolle. In Westdeutschland sei die Bevölkerung um 9 Millionen gestiegen; dieser Zahl stünden aber 88 Prozent des Wohnraums von 1939 zur Verfügung. Die ungünstigen Ausgangsbedingungen wirkten sich auf die Geisteshaltung der Frau nachteilig aus.

Die Lage der Frau könne nur geändert werden, wenn sie aktiv am sozialen und wirtschaftlichen Leben teilnehme. Fast 60 Prozent des Volkseinkommens gingen durch die Hände der Frauen als Käuferinnen in die Wirtschaft. Daraus sollten die Frauen die Forderung ableiten auf tatsächliche Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen Rechte.

Die Gewerkschaften seien nicht der Meinung, daß die Wirtschaft sich selber regule. Früher habe der wirtschaftliche Effekt aus Investitionen das 2,6fache betragen, in Amerika würde z. Z. sogar das 3,6fache erzielt. In Westdeutschland wäre es aber nur das 1,4fache. Das liege daran, weil nur 25 Prozent der seit der Währungsreform für neue Produktionsanlagen angelegten 50 Milliarden DM der Grundstoffindustrie zugute gekommen wären. Die Kapitaleinlagen für Luxus- und überflüssige Verbrauchsgüter müßten eingeschränkt werden. Eine vernünftig gelenkte Wirtschaft würde die Produktion und den Lebensstandard erhöhen können.

Die Berufsausbildung für die jungen Mädchen wäre die wirtschaftlichste Investition. Im Jahre 1950 seien 200 000 Lehrstellen zusätzlich geschaffen worden. Für das 15. und 16. Lebensjahr sollte ein Berufsverbot ergehen. Dafür sollten diese Jahrgänge auf Kosten des Staates eine Gesellschaftsbildung erhalten und in alle Betriebe hineinschauen dürfen. Erst danach sollten diese jungen Menschen nach den Bedürfnissen und ihren Wünschen eine Berufswahl treffen.

Die Frauen seien die maßgebenden Träger der Wirtschaft geworden, und die Wirtschaft sei nicht existenzfähig, wenn die Frau nicht aktiv mitarbeite.

UNSERE

Jugend

Lehrabschlussfeier

Zu einer kleinen Lehrabschlussfeier hatten sich Ausbilder, Prüflinge, Vorstand und Betriebsvertretung versammelt. Nach einleitenden Worten des Ausbildungsleiters Freund sprach Arbeitsdirektor Berndsen: „Das Ende der Lehre bedeutet kein Abschluß, es bedeutet vielmehr, daß ihr jetzt vor größere Aufgaben gestellt werdet, daß ihr also stets weiterlernen müßt. Lernt hier bei den älteren Facharbeitern, deren Nachwuchs ihr bildet. Nur ein ausgezeichnete Facharbeiter kann unsere Westfalehütte und die gesamte deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig halten. Betrachtet euch nicht nur als Einzelperson, sondern seht stets das Große und die Gemeinschaft.“

Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Hans Hutfilker wünschte den jungen Facharbeitern einen guten Start ins weitere Leben.



Von 22 Lehrlingen hat einer nicht bestanden. Drei Prüflinge bestanden die Prüfung mit gut. Die Durchschnittsquote unserer Lehrlinge lag bei 2,98.

WIR GRÜSSEN UNSERE JUBILARE

Nachstehende Belegschaftsmitglieder konnten im Monat Oktober ihr Dienstjubiläum feiern:

40jähriges Dienstjubiläum

Schulte, Johann	Martinwerk	Zerowski, Paul	Elektrotechn. Abteilung
Pacholski, Johann	Eisenbahn-Abteilung	Janke, Karl	Walzwerk VIII

25jähriges Dienstjubiläum

Schwarz, Friedrich	Walzendreherei	Wölke, Franz	Walzwerk I
Berg, Alex	Spezialblechwalzwerk	Andrejewski, Franz	Walzwerk I
Pankratz, Hans	Hausverwaltung	Mosler, Paul	Drahtwalzwerk
Mönikes, Walter	Hochöfen	Bartel, Otto	Walzwerk I
Schulz, Josef	Maschinenabteilung — Kessel	Maas, Johann	Steinfabrik
Hirsekorn, Adolf	Kaltwalzwerk	Töws, Wendelius	Walzwerk I
Senkbeil, Richard	Maschinenabteilung Walzwerk I/III	Breder, Wilhelm	Werk Barop
Kreklow, Rudolf	Mechanische Werkstatt	Sasse, Heinrich	Trägerlager
Flötemeier, Franz	Stockheide	Schiffers, Josef	Drahtverfeinerung

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft wünschen nochmals alles Gute

FÜR DIE SCHWERBESCHÄDIGTEN

Die Forderungen der Kriegsoffer

Mitte Oktober fand in Trier der erste ordentliche Verbandstag des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner statt. Es wurden 20 Mindestforderungen aufgestellt, die in einer Entschließung angenommen wurden. Die wichtigsten davon sind:

Erhöhung der Einkommensgrenzen des Bundesversorgungsgesetzes, Milderung der Anrechnungsbestimmungen bei Ausgleichsrenten und in der Elternversorgung, Gewährung von Teuerungszulagen zur Anpassung an das veränderte Preisgefüge, Gewährung einer Versorgung an alle Witwen, ausreichende Härteausgleiche, beschleunigte Verabschiedung der Verwaltungsvorschriften zu den §§ 25, 27 des Bundesversorgungsgesetzes, welche die soziale Fürsorge für die Erziehungsbeihilfen der Kriegerwaisen und der Kinder von Kriegsbeschädigten sowie die Berufsförderung für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene regeln. Außer-

dem wird hierdurch die Sonderfürsorge für Kriegsblinde, Hirnverletzte, Ohnhänder, Querschnittsgelähmte und sonstige Pflegezulageempfänger sichergestellt. Baldige Reform der Sozialversicherung mit entsprechenden Leistungen zur Sicherung der Existenz. Berücksichtigung der begründeten Sonderverhältnisse der Kriegsoffer und Gleichgestellten beim endgültigen Lastenausgleich. Schaffung eines Fürsorgegesetzes für Körperbehinderte. Schaffung von Instituten zur Erforschung und Behandlung psychischer Leiden und Erkrankungen des Nervensystems sowie deren Einbeziehung in die Heilbehandlung.

In der Schlußkundgebung wurde gewünscht, daß der Soldatenbund „nicht dem verhängnisvollen Schicksal früherer deutscher Soldatenbünde verfallen möge“. Hinsichtlich des Tragens von Kriegsauszeichnungen wurde erklärt: „Uns erscheint es vordringlicher, die endliche Erfüllung der staatlichen Verpflichtung gegenüber allen Opfern des Krieges in Versorgung und Fürsorge zu verlangen“.

Es ist nicht unsere Absicht, an der früher üblichen Art des gewaltsamen Austragens von Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis festzuhalten. Wir wollen davon möglichst abkommen. Für mich ist vielmehr maßgebend der Gedanke, durch Einflußnahme auf die Wirtschaft Löhne und Arbeitsverhältnisse zu beeinflussen.

Hans Böckler +

Der Weg  **der sich lohnt, zu**
gleich wo man wohnt **Küster**
DORTMUND WESTENHELLWEG 5
SCHWERTE · HÖRDE · HOMBRUCH

Westfälische
Porzellan-und Glasniederlage
Hoffmann-Kessel

PORZELLAN — KRISTALL
KUNSTGEWERBE
WIRTEBEDARFSARTIKEL
Dortmund-Reinoldistr. 6 *gegenüber der* Handwerkskammer

Die modische **GOLD PFEIL** - Tasche
vollendet die Schönheit Ihrer
Herbstbekleidung
Wählen Sie diese aus unserer reichen Auswahl,
ebenso wie die beliebten Geschenke aus Leder
Das Haus vornehmer Lederwaren
Gersmann & Co.
Westenhellweg, Ecke Weberstraße
Kunden-
kredit

Uhren - Schmuck - Trauringe
Bestecke - Silberwaren In größter Auswahl bei
**EICK-
KERSSEN BROCK**
WESTENHELLWEG 26

Heimann Rottkamp
TAPETEN - LINOLEUM - STRAGULA - KOKOS
DORTMUND - BRÜCKSTRASSE 12-14 - FERNRUF 30585

Ernst Schackmann
Mineralöle
Dortmund
Körnebachstraße 106
Ruf 314 53 / 314 54 / 406 63
Der Lieferant für Walzwerke und die gesamte Hüttenindustrie
Spezialität: Walzenfettbrikett, Kranfett, Spezialfette und -öle für schwierigste Schmierungsverhältnisse
Berater der gesamten Hüttenindustrie in allen schmiertechnischen Fragen

 **LIEBLER & CO**
Das Kaufhaus mit den kleinen Preisen
DORTMUND - HÖRDE
Alfred-Trappen-Str. 26-30
und
LUNEN - SUD
Jägerstraße 45

Etwas von der UNO

Wenn in diesem Monat die Vollversammlung der Vereinten Nationen in Paris zusammentritt, wird fraglos mit Befriedigung festgestellt werden, daß die UNO aus den Nöten des Korea-Konfliktes gestärkt hervorgegangen ist.

Fraglos war und ist die UNO mit Geburtsfehlern behaftet, die oftmals an der Möglichkeit ihrer gesunden Weiterentwicklung zweifeln ließen. Fraglos auch können keine noch so sorgfältigen Bestimmungen alle politischen Zukunftsentwicklungen vorwegnehmen, und ebenso fraglos bedarf jede Institution, um sich lebensfähig zu erhalten, einer gewissen Anpassung. Auch die Delegierten der Konferenz von San Francisco, die das Fundament der UNO legten, waren sich der Zeitbedingtheit ihres Werkes bewußt und haben deshalb neben der üblichen Prozedur für Satzungsänderungen noch eine besonders neuartige Revisionsklausel in die Charta der Vereinten Nationen eingebaut. So kann nicht nur jederzeit auf Antrag von $\frac{2}{3}$ der Mitgliedstaaten eine Konferenz zur Überprüfung der Satzung einberufen werden, sondern wenn bis zur zehnten Vollversammlung ein solcher Vorschlag nicht gemacht wurde, kommt dieser Punkt automatisch auf die Tagesordnung der UNO-Versammlung von 1955; die Revisionskonferenz kann dann mit einfacher Mehrheit beschlossen werden.

Anlässe zu einer Überprüfung der Charta haben nun zwar in der sechsjährigen Geschichte der UNO zur Genüge vor-

gelegen, aber mit gutem Grund ist bisher von den Möglichkeiten des Revisionsartikels kaum Gebrauch gemacht worden. Denn wenn auch die Revisionskonferenz zustande gekommen wäre, ihre Beschlüsse könnten nur wirksam werden, wenn sie von allen zuständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates angenommen würden. Auch hier zeigt sich wieder einmal, wie die UNO auf der Hypothese der Übereinstimmung der Großmächte errichtet wurde und das Funktionieren des Apparates weitgehend von dieser Voraussetzung abhängt. Seitdem sich diese Annahme als Illusion erwies, gab es für die Weiterexistenz der Organisation nur zwei Möglichkeiten: entweder sich jeden Eingriffs bei strittigen Fragen zu enthalten und sich damit zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen oder die Satzung durch sinngemäße Auslegung den Bedürfnissen der politischen Wirklichkeit anzugleichen. Die große Mehrheit der Mitglieder hat sich für den zweiten Weg entschieden.

Sicherheitsrat und Vollversammlung

Das Kardinalproblem für alle Reformbestrebungen bildete die Aufgabenverteilung zwischen den beiden Hauptorganen der UNO, dem Sicherheitsrat und der Vollversammlung. Wenn es nach den Wünschen der Sowjetunion gegangen wäre, würde die neue internationale Organisation kaum mehr als eine Neuauflage des „europäischen Konzerts“ geworden

ZU UNSEREN BILDERN:

Wohlstand in Freiheit

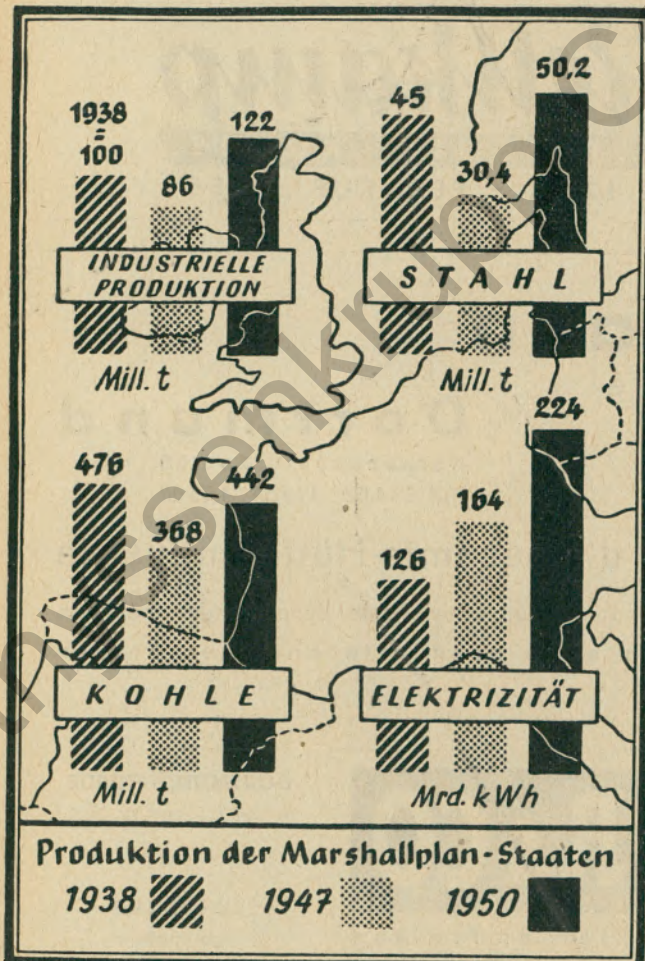
Im Zusammenhang mit der Behandlung der UNO ist es interessant, wenige Sätze einer kleinen Broschüre zu entnehmen, die der „Bund-Verlag“ des Deutschen Gewerk-

schafts-Bundes soeben veröffentlicht und die sich mit dem europäischen Wiederaufbauprogramm, dem Marshallplan, beschäftigen. In der Einführung schreibt der Bundesvorsitzende des DGB, Christian Fette: „Die Kenntnis von der Arbeit des ERP ist für jeden Gewerkschaftskollegen unerlässlich, weil das Gesicht unserer Zeit durch diesen Plan mitgeformt wurde.“

Die Broschüre gibt einleitend die Kernsätze des damaligen amerikanischen Außenministers Marshall vom 5. Juli 1947 wieder: „Es ist logisch, daß die Vereinigten Staaten alles tun sollten, was sie können, um der Welt zur wirtschaftlichen Gesundheit zu verhelfen, ohne die es keine politische Stabilität und keinen gesicherten Frieden geben kann. Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land, gegen irgendeine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos. Ihr Ziel muß das Wiedererstehen einer normal funktionierenden Weltwirtschaft sein, um freie Bahn zu schaffen für politische und soziale Zustände, unter denen freiheitliche Einrichtungen gedeihen können. ... Einer der Beweggründe für unsere Handlungsweise ist echtes menschliches Mitgefühl für die vielen Millionen, die durch die Hölle des totalen Krieges gegangen sind.“

Die von uns veröffentlichten Bilder geben einen Überblick darüber, welche Leistungen auf Grund dieses Planes aufgebracht und wie sie verteilt wurden. In der Veröffentlichung heißt es dazu: „Das ist die geniale, doppelte Wirkung des ERP: Europa bezieht Industrieprodukte und Lebensmittel, die es überhaupt erst arbeitsfähig machen, gleichzeitig aber ermöglichen ihm die eingezahlten Gegenwertmittel einen wirtschaftlichen Wiederaufbau, eine Steigerung der Produktion, damit eine Steigerung der Ausfuhr, einen wachsenden Grad wirtschaftlicher Selbständigkeit und einen höheren Lebensstandard für seine Menschen. Man sieht also, daß das Ziel des Marshallplans nicht etwa darin besteht, die wirtschaftliche Abhängigkeit Europas von Amerika zu verewigen, sondern daß im Gegenteil beabsichtigt ist, Europa wirtschaftlich stark und unabhängig zu machen.“

Es heißt aber auch warnend: „Die Zeit drängt für Europa. Am 30. Juni 1952 läuft das ERP ab. Darum muß sich jeder von uns die Frage stellen, was dann geschehen muß, damit die arbeitenden Menschen Europas die Gewähr dafür haben, daß die wirtschaftliche Kraft und die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Kontinents so eingesetzt werden, daß soziale Sicherheit und ein ausreichender Lebensstandard erhalten bleiben.“



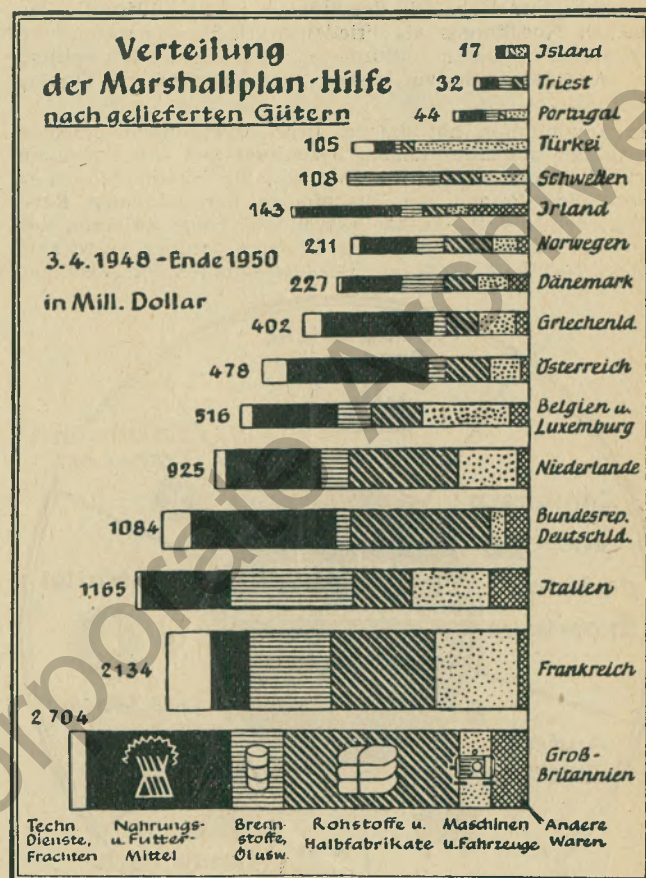
sein. In dem Entwurf der Dumbarton Oakes Konferenz, der im Oktober 1944 nach längeren geheimen Beratungen zustande kam, setzte sich der russische Standpunkt auch weitgehend durch. Alle entscheidenden Befugnisse wurden einem von den Großmächten beherrschten Rat vorbehalten, während sich die Versammlung, in der alle Mitglieder gleichberechtigt vertreten sind, in den Hauptfragen mit einer Statistenrolle begnügen sollte. Aber nachdem der Entwurf bereits von der amerikanischen Öffentlichkeit lebhaft kritisiert worden war, traf er bei den Delegierten der Konferenz von San Francisco auf so starken Widerstand, daß seine Urheber erhebliche Änderungen zugestehen mußten. Auch die Amerikaner waren zwar nicht gewillt, die privilegierte Stellung der Großmächte aufzugeben, zeigten aber Verständnis für die Forderung der Konferenzmehrheit, die Vollmachten der Versammlung zu erweitern, wobei sie sich in offenen Gegensatz zur Sowjetdelegation brachten. Bei der Formulierung des Artikels 10 der Charta, auf den sich das Recht der Versammlung gründet, von sich aus alle in den Aufgabenbereich der Organisation fallenden Fragen aufzunehmen, erreichte die Spannung ihren Höhepunkt. Wie John Foster Dulles, einer der amerikanischen Delegierten, in seinem Erinnerungsbuch „Krieg oder Frieden“ erzählt, bedurfte es eines förmlichen Ultimatums an die Sowjetdelegation, um Moskau schließlich zum Einlenken zu bestimmen.

Der Text der Charta von San Francisco zeigt deutlich die Spuren einer Kompromißlösung. Das Übergewicht des Sicherheitsrates als Exekutivorgan der UNO ist zwar aufrechterhalten, aber die Rechte der Vollversammlung sind in so allgemeinen Ausdrücken formuliert, daß sich die Kompetenzen vielfach überschneiden. Trotz der Fülle der Einzelbestimmungen ist in der Charta merkwürdigerweise nichts über die Auslegung der Satzung in Zweifelsfällen vorgesehen, und so hat sich die Praxis herausgebildet, daß jedes Organ von sich aus sein Zuständigkeitsgebiet bestimmt. Anfangs hat der Sicherheitsrat von dieser Situation profitiert und sich als die für Konfliktfälle allein zuständige Instanz erklärt. Nachdem sich jedoch die Einmütigkeit der Großmächte sehr bald als eine Fiktion herausstellte und der zunehmende Gebrauch des Vetos die Arbeit der UNO lahmzulegen drohte, hat die Versammlung ihren Wirkungsbereich mehr und mehr zu erweitern gesucht. Es vollzog sich hier eine ähnliche Entwicklung, wie sie schon beim Völkerbund in den letzten Jahren zu beobachten war, wo auch die Versammlung gegenüber dem zögernden Rat die Initiative an sich riß, nur daß sich in der UNO diese Entwicklung weit schneller vollzog und auch tief in das Organisationsschema eingriff. Mit vollem Recht konnte Prof. Leland M. Goodrich, eine Autorität auf dem Gebiet der UNO-Satzung, bei einem Rundblick auf die ersten

fünf Jahre der Vereinten Nationen von einem „fast revolutionären Wandel“ in dem gegenseitigen Verhältnis von Sicherheitsrat und Vollversammlung sprechen.

Der Interim-Ausschuß

Der erste bedeutsame Schritt in dieser Entwicklung wurde 1947 von der zweiten Vollversammlung gemacht. Die amerikanische Delegation beantragte die Bildung eines



„Interim-Ausschusses“, der die Aufgaben der Versammlung zwischen den Sitzungsperioden wahrnehmen sollte. Die Charta sieht an sich als ständiges Organ nur den Sicherheitsrat vor, der regelmäßig in New York zur Erledigung der laufenden Geschäfte zusammentritt. Die Versammlung dagegen tagt, wenn nicht für einen bestimmten Zweck eine Sondersitzung einberufen wird, bloß einmal im Jahr, so daß sie schon durch den Mangel einer ständigen Vertretung nicht in der Lage ist, sich in der Zwischenzeit zur Geltung zu bringen. Da die Satzung jedoch der Versammlung das Recht gibt, Hilfsorgane einzusetzen und sie mit vorbereitenden Arbeiten zu betrauen, bot sich hier eine Möglichkeit, durch Schaffung eines besonderen Ausschusses einen gewissen Einfluß auf die Geschäftsführung auszuüben. Der Sowjetdelegierte widersetzte sich heftig der Einsetzung des Interim-Ausschusses, der nach seiner Ansicht nur zur Umgehung des Sicherheitsrates bestimmt war. Nachdem der amerikanische Vorschlag mit 41 gegen 6 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen worden war, erklärten die Vertreter des Ostblocks den Beschluß als eine Verletzung der Charta und weigerten sich, an der Arbeit des Ausschusses teilzunehmen.

Man hat den Interim-Ausschuß, in dem alle Mitgliedstaaten vertretungsberechtigt sind und der nun zu einer ständigen Einrichtung geworden ist, mit einem gewissen Recht als „Kleine Versammlung“ bezeichnet. Obwohl bei der Festlegung der Befugnisse sorgfältig darauf geachtet wurde, nicht in die Rechte des Sicherheitsrates und der Vollversammlung einzugreifen, hat der Ausschuß schon durch seine ständige Aktionsbereitschaft eine wichtige Rolle in politischen Krisen gespielt.

Der Korea-Konflikt: ein Prüfstein

In das entscheidende Stadium trat die Debatte um eine Reform der UNO durch den Korea-Konflikt. Hier zeigte



sich mit dramatischer Eindringlichkeit, wie der Zustand eines durch Mißbrauch des Vetos zur Untätigkeit verurteilten Rates die Existenz der ganzen Organisation gefährdete. Fraglos wäre, hätte die UNO in diesem Falle versagt, der Gedanke der kollektiven Sicherheit unwiderruflich kompromittiert worden. Von diesem Standpunkt aus muß es als ein Glücksfall erscheinen, daß sich der nordkoreanische Angriff zu einem Zeitpunkt ereignete, wo die Sowjetunion aus Protest gegen die weitere Beteiligung des nationalchinesischen Vertreters an der Ratsarbeit den Sitzungen fernblieb. Die Beschlüsse vom Juli 1950, die den Überfall Nordkoreas als Friedensbruch brandmarkten und die Mitgliedsstaaten aufforderten, bei der Zurückweisung des Angriffs Hilfe zu leisten, wurden von 53 Staaten gebilligt.

Die Sowjetunion hat die in ihrer Abwesenheit gefaßten Beschlüsse als unrechtmäßig bezeichnet und sich dabei auf Artikel 27 der Satzung berufen, der für Entscheidungen in materiellen Fragen die Zustimmung der ständigen Ratsmitglieder fordert. Es hat sich in der Folge zwischen den Völkerrechtlern eine lebhafte Debatte darüber entwickelt, ob die Nichtbeteiligung an den Ratssitzungen der Ausübung



des Vetos gleichzuachten ist oder ob sie nur wie eine Stimmenthaltung zu bewerten sei, aus der sich — wie zahlreiche Präzedenzfälle zeigen — keine aufhaltende Wirkung herleiten läßt. Gegenüber einer Betrachtungsweise, die sich nur an den Wortlaut des Artikels hält, der in den einzelnen Sprachtexten noch dazu verschiedener Deutung fähig ist, wird von anderer Seite überzeugend die Auffassung vertreten, jede Einzelbestimmung der Charta könne nur aus dem Geist des ganzen Vertragswerkes erklärt werden, und die Entscheidung des Rates habe ihre Rechtfertigung als eine „Interpretation zur Selbsterhaltung“.

Dieses Lebensrecht der Organisation hat die Versammlung inzwischen besser zu sichern gesucht, indem sie die durch den Korea-Konflikt offenbar gewordenen Lücken der Charta durch neue Bestimmungen ausfüllte. Die Grundlage hierfür bildete ein Programm der amerikanischen Delegation, das nach langen Debatten und mancherlei Abänderungen im November vorigen Jahres von der Vollversammlung mit 52 gegen 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen wurde. Danach geht die Zuständigkeit für die Behandlung von Friedensbedrohungen und Angriffsakten automatisch auf die Versammlung über, wenn der Rat durch die Uneinigkeit seiner ständigen Mitglieder aktionsunfähig wird. Auf Verlangen von 7 Ratsmitgliedern oder einer Mehrheit der Mitgliedsstaaten soll, falls die Versammlung nicht tagt, innerhalb von 24 Stunden eine Sondertagung einberufen werden, um die geeigneten Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, zu beraten. Die Versammlung kann zwar nur „Empfehlungen“ für eine Aktion machen, da die Charta im Prinzip Beschlüsse auf diesem Gebiet dem Rat vorbehält, aber diese sprachliche Differenzierung, die ehemals von Bedeutung schien, hat sich in der Praxis als unerheblich herausgestellt.

Für ihren erweiterten Aufgabenkreis hat sich die Versammlung eine Reihe neuer Hilfsorgane geschaffen. So wurde eine ständige Beobachtungskommission gebildet, die im Falle einer Friedensbedrohung sofort in die Gefahrenzone gesandt werden kann, um der UNO Bericht zu erstatten. Zur Vorbereitung gemeinsamer Aktionen in einem Konfliktfall wurde ein Ausschuß eingesetzt, der die von den Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellten Streitkräfte koordinieren soll. Außerdem wurde der Generalsekretär beauftragt, einen Stab von Militärsachverständigen aufzustellen, um die Regierungen bei der Bildung spezieller UNO-Kontingente zu beraten.

Eintritt sehr erschwert

Nach der Satzung steht der Versammlung das Recht zu, über die Aufnahme neuer friedliebender Staaten in die UNO zu entscheiden. Die Beschlußfassung ist allerdings an eine Empfehlung des Kandidaten durch den Rat geknüpft. Die Ratsmitglieder aber konnten sich in den seltensten Fällen auf eine Empfehlung einigen, so daß sich ein wenig erfreuliches Verweisungsspiel der Aufnahmeanträge vom Rat zur Versammlung und wieder zurück entwickelte. Zur Zeit steht ein Dutzend Kandidaten vor der Tür der UNO. Bezeichnend für diese Situation ist der Fall Italien, dessen von einer großen Mehrheit unterstütztes Gesuch dreimal vorgebracht und jedesmal im Rat durch das Veto der Sowjetunion zurückgewiesen wurde.

Aber wenn die Entwicklung der UNO zur angestrebten Universalität durch die Mitgliedersperre auch sehr gehemmt wird, die allgemeine Anwendung ihrer Grundsätze braucht darunter nicht zu leiden. Im Prinzip erstreckt sich ihre Aufgabe der Friedenssicherung auf die gesamte Staatenwelt, und an verschiedenen Stellen der Charta wird die Beteiligung von Nichtmitgliedern ausdrücklich vorgesehen. Die Praxis hat den universellen Charakter der UNO noch unterstrichen, und es ist z. B. nie ernstlich in Zweifel gezogen worden, daß die Republik von Südkorea als Nichtmitglied den gleichen Schutz gegen einen Angreifer beanspruchen konnte wie ein Mitgliedstaat. Die einzige Frage, die bisher Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten gab, war die, ob auch die ehemaligen feindlichen Staaten die Organisation anrufen können, da die Satzung hier eine Reihe von Sonderbestimmungen trifft, vor allem in dem Artikel 107, der den Siegermächten die Gestaltung der Friedensverträge und die Durchführung von Kontrollmaßnahmen gegen die ehemaligen Gegner vorbehält.

Die Fassung dieses nur für die Überleitung gedachten Artikels ist so unbestimmt, daß die Sowjetunion daraus das Recht herzuleiten suchte, alle die früheren Kriegsgegner betreffenden Angelegenheiten von der Behandlung in der UNO auszuschließen. Dieser Auffassung sind verschiedene Völkerrechtler frühzeitig entgegengetreten, so z. B. Paul Barandon, der gegenüber den diskriminierenden Artikeln und den Vorrang der Rechtssätze des allgemeinen Völkerrechts verwies, wie sie im Grundgesetz der Organisation zum Ausdruck kommen. Von ähnlichen Erwägungen haben sich auch die UNO-Delegierten leiten lassen, als die Frage im Dezember vorigen Jahres bei der Debatte über eine Untersuchung des Schicksals der japanischen und deutschen Kriegsgefangenen akut wurde. Der Sowjetdelegierte versuchte, die Beschäftigung mit dieser Angelegenheit durch den Hinweis auf Artikel 107 zu verhindern, und wurde dabei von den anderen Vertretern des Ostblocks unterstützt. Aber die große Mehrheit der übrigen Delegierten erkannte die Verpflichtung der Vereinten Nationen an, sich trotz dieses Vorbehalts mit einem Problem zu beschäftigen, das so offensichtlich unter die humanitären Aufgaben der UNO fällt.

Trotz allem: wirkungsvoll

Der Prozeß der Angleichung der Charta an die Erfordernisse der politischen Wirklichkeit, aus dem hier einige Etappen aufgezeigt wurden, hat sicher noch nicht sein Ende erreicht. Die Vereinten Nationen können ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie die Elastizität und Anpassungsfähigkeit eines lebendigen Organismus bewahren. Der Korea-Konflikt hat gezeigt, daß jedenfalls der Wille vorhanden ist, die UNO zu dem wirkungsvollen Instrument internationaler Gemeinschaft auszubauen, das ein unter dem Primat der Weltpolitik stehendes Zeitalter erfordert.

Es kann vorkommen . . .

daß der eine schneller, der andere langsamer vergißt. Der etwas schnell vergißt, hat das Vergessen meist sehr nötig. Er vergißt, weil er vergessen will; weil es peinlich wäre, etwas nicht vergessen zu können; weil das Nichtvergessen-können allzu leicht zum unangenehmen Mahner wird.

Wir von unserer Hütte brauchen und wollen nicht vergessen. Wir wollen vielmehr immer daran denken, was war und was ist. Deshalb ist es für uns beinahe herzerfrischend — und das hat mit der „Behandlung politischer Dinge“, von der man gern spricht, wenn das beste Hühnerauge angestoßen wird, nichts zu tun —, wenn wir lesen, wie Peter von Zahn das „Vergessen“ in Erinnerung zu bringen weiß:

„Gute Zeiten schwächen das Gedächtnis. Zur Zeit geht es bestimmten Kreisen in Handel und Industrie recht gut. Und je besser es ihnen geht, desto schlechter wird ihr Gedächtnis. Die meisten haben es nahezu vergessen, daß vor sechs Jahren um diese Zeit ihre Fabrik ein Trümmerhaufen, ihr Laden leer, ihr Speicher beschlagnahmt, ihr Bankkonto blockiert, ihr Mercedes verschwunden, ihr Haus besetzt und ihr Geschäft im großen und ganzen pleite war — von Hunger, Kälte, Angst und anderen Unbequemlichkeiten ganz zu schweigen. Eine schwache Erinnerung daran findet sich hier und da noch. Aber je weiter wir uns von jenem Tiefpunkt des Bankrotts im Jahre 1945 entfernen, desto mehr neigt zum Beispiel der Aktienteilhaber an einem großen Unternehmen zu dem Glauben, er sei es selber gewesen, der die Maschinen unter dem Bombenschutt hervorgegraben oder das Dach der Fabrik gedeckt hat. Er vergißt, und vieler seiner Freunde vergessen, daß damals viele Arbeiter auf Lohn verzichteten oder sich mit einem Nominallohn zufrieden gaben, während sie aus Bombentrümmern und Schrotthaufen ihre Arbeitsplätze zusammenbastelten. Er kann sich nicht mehr recht daran erinnern, und viele seiner Freunde können es auch nicht, daß 1947 in den Werken der Schwerindustrie nur gearbeitet wurde, weil Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre ein Kunststück zuwege brachten: sie machten nämlich hohlhäutigen und vor Kälte schlotternden Arbeitern klar, daß Kälte und Hunger nur am Arbeitsplatz überwunden werden konnten. Die Vergeßlichen haben vergessen, daß in Italien und Frankreich damals Streikwelle auf Streikwelle die Wirtschaft lahmlegten, während zu gleicher Zeit in Deutschland die besonnene und umsichtige Hilfsstellung der Gewerkschaften das Fundament für Erholung und Kreditwürdigkeit legte. Es spricht keiner mehr davon, daß sich der oder jener Manager bei seinen Arbeitern einen Persilschein besorgen mußte. Man hat vergessen, daß dieses oder jenes Unternehmen (welches heute

so hübsche Erträge abwirft) nur deshalb ein Jahr früher zu arbeiten anfangen als die Konkurrenz, weil die Gewerkschaften das Permit verschafften. Es wird auch von keiner Verletzung berichtet, die sich ein Unternehmer zugezogen hätte, als er vor Freude darüber an die Decke sprang. Immerhin war bis vor einem Jahr auch bei den offiziellen Repräsentanten des deutschen Unternehmertums die Erinnerung daran lebendig, daß die Direktoren, Syndici und Aktionäre den Wirtschaftsaufschwung nicht ganz allein zuwege gebracht haben. Im Verlauf der letzten zwölf Monate ist allerdings diese Erinnerung verblaßt. So weit verblaßt, daß heute selbst Minister der Ansicht sind, die Weisheit der Gewerkschaften nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft habe in der Übersteigerung der wahnwitzigen Hitlerischen Zwangswirtschaft bestanden. Es scheint, als blende uns die Prosperität, die gute Konjunktur so, als schwäche sie unser Gedächtnis dermaßen, daß wir den Weg nicht übersehen können, den wir gekommen sind. Auf diesem Wege gab es zum Beispiel einmal einen Staatsstreich vom Juli 1932. Vergessen, nicht wahr? . . . Erinnern muß man daran, daß es nicht die Büros der Arbeitgeberverbände waren, die 1933 besetzt und deren Insassen ins KZ gebracht wurden. Vergessen ist, daß es nicht das Vermögen des Reichsverbandes der deutschen Industrie war, das zu Anfang des Dritten Reiches der Beschlagnahme verfiel. Vergessen ist so manches noch, was die guten Zeiten aus der Erinnerung tilgen. Aber, aber, aber: die guten Zeiten können eines Tages vorbei sein. Welche Verteidiger dann den Läden und Fabriken, den Fraktionsvorsitzenden und den Aktien, den Ministern und den Bankkonten erstehen werden, und ob überhaupt welche — das kann niemand voraussagen. Hoffen wir nur, daß dann die fünf Millionen Arbeitnehmer der Bundesrepublik ebenso großzügig sind im Vergessen, wie es heute ihre Gegner sind, und daß sie nicht mit Schadenfreude heimzahlen, was ihnen in Hochmut angetan wird.“

Soweit Peter von Zahn über das „Vergessen“.

Weshalb sollten wir den Kommentator Zahn nicht kommentierend sprechen lassen? Wir auf der Hütte ziehen ja längst an einem Strang, sonst hätten wir unser Werk nicht zu dem gemacht und machen können, was es heute wieder ist.

Deshalb auch brauchen wir gar nichts zu vergessen, wir wollen es nicht einmal. Das sagt nicht, daß jeder mit jedem und allem einverstanden sein muß, was Zahn sagt. Vielleicht aber spürt doch der eine oder andere peinlich, wo ihn ein Hühnerauge sticht. Und sticht ihn keines, nun, weshalb sollte er sich verletzt fühlen?

Kulturelle Blitzlichter

Von 1945—1951 wurden im Bundesgebiet 552 deutsche Kulturfilme gedreht. Hiervon fanden 209 keinen Verleih! Von den übrigen gelangt mit wenigen Ausnahmen nur ein Bruchteil zur Vorführung.

2000 deutsche Zeitschriften werden laufend vom Deutschen Zeitschriften-Bibliographischen Institut in Berlin ausgewertet. An Hand dieser Auswertung ergibt sich, daß ein Viertel dieser Blätter sich mit wirtschaftlichen Themen befaßt. Sechzehn Prozent bringen Beiträge aus medizinischen, zehn Prozent aus technischen Gebieten. Neun Prozent behandeln Themen der Kunst und Literatur. Theologie ist in acht Prozent, Politik und Kulturpolitik in sieben Prozent, allgemeine Geisteswissenschaften in sechs Prozent, allgemeine Naturwissenschaften ebenfalls in sechs Prozent, Rechts- und Staatswissenschaften in vier Prozent und Sozialwissenschaft in zwei Prozent der Zeitschriften vertreten. Im Land Württemberg-Hohenzollern werden für Büchereien 14 Pfennig im Jahr auf den Kopf der Bevölkerung ausgegeben, in Bayern 16, in Hessen 18, in Württemberg-Baden 25, während in 56 Städten für Theater ein Durch-

schnittsbetrag von 2,07 DM je Kopf der Bevölkerung ausgegeben wurde. Dagegen beträgt der Durchschnittssatz englischer Volksbibliotheken 75 Pfennig je Kopf und Jahr. Ein solcher Vergleich ist für Deutschland nicht ehrenvoll. Die psychologische Wurzel dieser Verhältnisse liegt sicherlich darin, daß unsere Kulturpflege falsche Bahnen geht. In der öffentlichen Schätzung nehmen Kunst, Musik, Theater einen unverhältnismäßigen Raum ein. Das Lesen, das Wissen- und Erkennenwollen werden — und das gilt für alle Schichten der Bevölkerung — heute durchaus nicht mehr so gewertet wie früher, wobei die Verzerrung oftmals geradezu grotesker Art ist. So sind dem Eutiner Etat folgende Etatspositionen zu entnehmen: Zuschuß Theater und Orchester 1000 DM; Kulturverein 1000 DM; Kreisvolkshochschule 2000 DM; Universitätsgesellschaft 100 DM; persönliche Ausgaben des Kreiskulturreferenten (ohne Tagelöhner, Reise- und Umzugskosten) 10 740 DM. Haben wir — als Volk — wirklich noch das Recht, uns auf kulturelle Güter zu berufen?

A r b e i t e u n f a l l s i c h e r !

Siedeln als Aufgabe

Nachdem am 28. September die 20 Siedlerstellen des diesjährigen Bauabschnittes der Franz-Zimmer-Siedlung gerichtet werden konnten, waren am 6. November die in Bau befindlichen 34 Volkswohnungen, die eine Anzahl Reihen-Einfamilien-Häuser umfassen, so weit fortgeschritten, daß auch dieser Bauabschnitt gerichtet werden konnte. Auch diese Häuser werden auf dem Gelände der Werkssiedlung in Kirchnerne errichtet. Bedingt durch die äußerst günstige Herbstwetterperiode, haben alle diese Bauten einen sehr guten und schnellen Fortgang zu verzeichnen.

Im nachstehenden geben wir, wie in unserer vorigen Ausgabe bereits angekündigt, die grundsätzlichen Ausführungen, die der Leiter des Wohnungsbau- und Siedlungsamtes der Stadt Dortmund, Vermessungsrat Schnur, auf der Richtfeier am 28. September zu dem Thema „Wohnungsbau oder Siedlungsbau“ gemacht hat, im Wortlaut wieder:

Die Stadt Dortmund gehört zu den deutschen Großstädten mit den größten Kriegsschäden. Die Statistik zählt in Dortmund noch über 60 000 teil- und totalzerstörte Wohnungen. Diese zerstörten Wohnungen liegen an vorhandenen Straßen, in denen alle Versorgungsleitungen wie Gas, Wasser, Strom und Entwässerungseinrichtungen vorhanden sind. Viele tausend weitere Wohnungen können ebenfalls an vorhandenen Straßen mit allen den genannten Einrichtungen gebaut werden. Die Stimmen aus der Bevölkerung nehmen zu, die sich gegen Bauvorhaben auf Neuland wenden. Man kann diese Stimmen etwa in folgenden Schlagworten zusammenfassen: „Kein Geld für neue Straßen, solange noch Baulücken da sind. Keine Bebauung landwirtschaftlichen Nutzlandes, solange noch Ruinenfelder vorhanden sind.“

Haben diese Stimmen recht? Jawohl, sie haben recht, wenn man vom Wohnungsbau spricht. Es bedeutet nach meiner Ansicht eine Fehlleitung öffentlicher Mittel, Wohnungsbaumaßnahmen auf Neuland durchzuführen. Die Beurteilung ändert sich jedoch schlagartig, wenn es sich bei solchen Maßnahmen nicht um Wohnungsbau, sondern um die Erstellung von Siedlungen, insbesondere von Kleinsiedlungen, handelt.

Die Kleinsiedlung soll und darf nicht in erster Linie als eine Wohnungsbaumaßnahme, sondern als das, was sie nach den Grundgedanken ihrer geistigen Väter und nach den behördlichen Bestimmungen sein soll und auch nur sein darf, gesehen werden:

- eine sozialpolitische Aufgabe,
- eine wirtschaftspolitische Aufgabe,
- eine staatspolitische Aufgabe.

Die Kleinsiedlung soll darüber hinaus dazu beitragen, unser Gesellschaftsleben gesunden zu lassen und breite Schichten des Volkes wieder mit der Natur und dem Boden zu verbinden, insbesondere solche Kreise, die durch ihre berufliche Betätigung an Industriewerke gebunden sind.

- Wenn man die Kleinsiedlung unter diesen Gesichtspunkten betrachtet und sie als die ideale Wohnform der wirtschaftlich Schwachen erkennt, muß man die Schaffung von echten Kleinsiedlerstellen trotz vorhandener Ruinenfelder fördern. Dann sind auch die in neue Straßen und Versorgungsanlagen zu investierenden öffentlichen Mittel zu rechtfertigen, und dann wird auch keine Schmälerung unserer Ernährungsbasis eintreten. Im Gegenteil! Es ist wissenschaftlich lange erwiesen und durch die Praxis erhärtet worden, daß durch kleingärtnerische Intensivkultur ein Vielfaches an ernährungswirtschaftlicher Hinsicht erzielt werden kann. Dieser Grundgedanke ist ja auch in der Bodenreformgesetzgebung ausdrücklich verankert in der Form, daß Kleinsiedlungsgelände als bodenreformanrechnungsfähige Flächen anerkannt worden sind.

Unter diesem Gesichtswinkel hat die Dortmunder Stadtverwaltung den Kleinsiedlungsgedanken stärkstens gefördert. Es ist das unbestrittene Verdienst von Oberstadtdirektor Hansmann, daß dieser Gedanke gradlinig gegen alle Widerstände verfolgt worden ist, und ich glaube, an dieser Stelle feststellen zu dürfen, daß in Dortmund hinsichtlich der Schaffung von Kleinsiedlerstellen in den Nachkriegsjahren schon manches getan worden ist, und ich glaube auch, Ihnen die Versicherung abgeben zu können, daß auch in Zukunft noch vieles getan werden wird. Es müssen sich jedoch alle Beteiligten, insbesondere die

Siedler selbst, darüber klar sein, daß die Erstellung von Kleinsiedlungen nur unter stärksten Opfern in materieller und finanzieller Hinsicht seitens der Stadt sowohl wie auch seitens der Werke erfolgen kann. Letzten Endes gehen diese Opfer auf Kosten der Steuerzahler. Das bedeutet Verpflichtung!

Es ist daher dringend notwendig, die Bewerber um Kleinsiedlerstellen sehr stark zu sichten in der Richtung, ob sie die Voraussetzungen für die Bewirtschaftung einer Kleinsiedlerstelle auch mitbringen. Der größte Feind des echten Siedlers ist der „Auch-Siedler“, der in der Erstellung einer Kleinsiedlung lediglich die Versorgung mit einer Wohnung sieht. Durch ihr Außenseitertum bringen sie den Kleinsiedlungsgedanken in Mißkredit. Man kann daher die Auswahl der Siedler, insbesondere bei Siedlergemeinschaften, die im wesentlichen sich auf einer Werksbasis zusammengefunden haben, nicht nach der Bedeutung des Kleinsiedlungsbewerbers im Produktionsprozeß treffen. Der beste Ofenmann ist z. B. nicht immer der beste Siedler! Es soll und darf auch nicht vorkommen, daß kurz nach der Fertigstellung des Siedlerhauses aus dem Stall eine Garage und aus Wohnräumen Läden werden. Auch in eine Kleinsiedlung gehören Läden und unter Umständen Garagen. Es ist jedoch Sache der Planung, diese Einrichtungen von vornherein vorzusehen und entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Wer aber versucht, auf krummen Wegen Werkstätten und sonstige gewerbliche Betriebe in eine Kleinsiedlung zu schmuggeln, ist ein Schädling des Kleinsiedlungsgedankens.

Nach der Erstellung der Siedlung entsteht den Siedlergemeinschaften eine große Aufgabe: egoistische Tendenzen von „Auch-Siedlern“, die trotz sorgfältigster Siebung immer wieder in Erscheinung treten, bereits im Keime zu ersticken. Das ist nicht immer einfach. Es gehört dazu Mut zur Unpopularität. Diese harten Maßnahmen sind notwendig, wenn der ideelle Gedanke der Kleinsiedlung nicht in Mißkredit kommen soll. Diese Aufgabe kann niemals in der Hand einer Behörde liegen, sondern sie muß von den Siedlern selbst bzw. ihren Organisationen wahrgenommen werden. Wenn notwendig, muß den Spitzenorganisationen der Siedler das rechtliche Rüstzeug durch die Gesetzgebung verschafft werden.

MEIN HAMMER

Nur einmal, Hammer, sollst du Sturmwind sein,
Im Wirbeln durch die teilen Gassen jagen,
Den Wahn der Macht aus hohlen Köpfen schlagen,
Doch Mut und Kraft in bange Seelen tragen,
Daß Hoffnung zieht in alle Herzen ein.

Nur einmal, Hammer, sollst du dem Recht dich weihn
Und hallend durch die dumpfen Hirne brausen,
Zertrümmern eitles Vorrecht und die krausen
Gedanken, die in vielen Köpfen hausen,
Daß jeder, frei von Furcht, ein Mensch kann sein.

Nur einmal, Hammer, sollst du Sturmwind sein,
Wie erzne Glocken in die Herzen dröhnen,
Daß alle Anteil haben an dem Schönen
Auf dieser Welt, das schwingt in tausend Tönen
Voll Harmonie im goldnen Sonnenschein.

Fritz Kohlhasse

Zahnersatz

Es häufen sich in letzter Zeit die Fälle, in welchen für Mitglieder, die vor kurzer Zeit Zahnersatz bekommen haben, von einem anderen Zahnbehandler ein neuer Zahnersatz beantragt wird. Nachprüfungen ergaben, daß die vorhandenen Gebisse durchaus noch brauchbar waren. Allerdings hätten manchmal kleine Änderungen oder Ergänzungen vorgenommen werden müssen. Ursache hierfür war in den meisten Fällen, daß die betreffenden Mitglieder nach Erhalt des Zahnersatzes den Hersteller nicht wieder aufgesucht hatten, damit das Ersatzstück evtl. noch ausgeschliffen würde. Das ist aber nötig, denn auch der beste Zahnersatz kann nicht sofort sitzen. Die Mitglieder geben die Schuld dann häufig dem Hersteller des Zahnersatzes und suchen zum Zwecke der Herstellung eines neuen Zahnersatzes einen anderen Zahnarzt oder Dentisten auf. Das ist nicht richtig! Solche Schwierigkeiten lassen sich gewöhn-

lich leicht beheben. Auch ist jeder Zahnarzt und Dentist verpflichtet, den Zahnersatz so herzustellen, daß er seinen Zweck voll und ganz erfüllt. Die mit uns im Vertragsverhältnis stehenden Zahnärzte und Dentisten sind auch alle in der Lage, dies zu machen.

Wir bitten deshalb unsere Mitglieder, wenn sie Schwierigkeiten mit ihrem Zahnersatz haben, denselben Zahnarzt oder Dentisten wieder aufzusuchen, der ihn angefertigt hat. Es wird dann alles ohne Schwierigkeiten in Ordnung gebracht.

Wir geben für Zahnersatz so viel Geld aus, daß wir um Verständnis dafür bitten müssen, daß wir nicht auch noch innerhalb kurzer Zeit doppelt bezahlen können. Die unvermeidliche Folge würde dann sein, daß wir unsere Zuschüsse reduzieren müßten, was wir nur ungern tun möchten.

Jahresbericht 1950

Allgemeines

Ein Jahr ist vergangen, seit wir unseren letzten Jahresbericht herausgegeben haben, und es ist an der Zeit, wiederum über unsere Arbeit und ihre Erfolge zu berichten.

Wir freuen uns, das Jahr 1950 als ein erfolgreiches in die wechselvolle Geschichte unserer Kasse aufnehmen zu können. Es gelang uns, nicht nur unsere Leistungen erheblich zu verbessern und auszubauen, sondern trotzdem auch unsere Rücklagen für schwierige Zeiten erheblich zu verstärken. Das Jahr begannen wir mit einem Vermögen von 794 959,61 DM. Am Ende des Jahres verfügten wir über 1 274 815,99 DM, hatten also einen Überschuß von 478 856,38 DM zu verzeichnen. Von unserem Vermögen legten wir einen großen Teil in Baudarlehen an. Im Berichtsjahr wurden 11 solcher Darlehen im Gesamtbetrage von 115 500,— DM bewilligt.

Die Mitgliederzahl der Kasse stieg weiterhin an. Wir hatten zu Beginn des Jahres 12 008, am Ende des Jahres 13 770 Mitglieder.

Unsere Satzung haben wir am 10. Februar 1950 in neuer Fassung herausgegeben und dadurch die 13 Nachträge der alten Satzung überflüssig gemacht. Eine Änderung der Leistungen und Beiträge war mit dieser Neufassung nicht verbunden, jedoch faßte der Leiter in der gleichen Sitzung mit einstimmiger Zustimmung des Beirates den Beschluß, bei Kuren, die zur Krankheitsverhütung oder Gesundheitsfürsorge durchgeführt werden, das Hausgeld aus Mitteln, die für Krankheitsverhütung und Gesundheitsfürsorge vorgesehen sind, auf das volle Krankengeld zu erhöhen, damit der Kurerfolg nicht durch Geldsorgen in Frage gestellt wird. Durch das Heimkehrergesetz vom 20. Juni 1950 wurden die Leistungen der Kasse erheblich erweitert, jedoch nicht auf Kosten der Mitglieder. Das Heimkehrergesetz setzt die Heimkehrer mit sofortiger Wirkung in den Genuß aller Kassenleistungen und gewährt ihnen auch sonst viele Vergünstigungen, um möglichst schnell wieder in den Rahmen der Allgemeinheit hineinzukommen. Alle Leistungen, die die Krankenkasse dabei über ihre Satzung hinaus zu gewähren hat, werden ihr aus der öffentlichen Hand erstattet.

Von ganz besonderer Bedeutung für die Krankenversicherung war die so lange erwartete Aufhebung der Sozialversicherungsdirektive Nr. 4 vom 16. Oktober 1945. Diese hatte mit Wirkung vom 1. Januar 1946 an für alle Krankenkassen gleiche Beiträge bestimmt und die Leistungen auf die Regelleistungen herabgesetzt. Wohl wurden im Laufe der Zeit einige Mehrleistungen wieder gestattet und ihre Gewährung allen Kassen zur Pflicht gemacht, aber die freie Beitrags- und Leistungsgestaltung blieb den Kassen versagt. Von der nunmehr ermöglichten Erhöhung der Leistungen haben wir sofort Gebrauch gemacht. Durch den ersten Nachtrag zur Satzung wurde am 11. September 1950 mit Wirkung vom 1. Oktober 1950 das Krankengeld für Versicherte mit

Angehörigen durch Zuschläge erhöht, die in der Spitze das höchste gesetzlich mögliche Krankengeld in Höhe von 75 Prozent des Grundlohnes vorsehen. Allerdings werden diese Zuschläge, um Mißbrauch zu vermeiden, bis auf weiteres erst vom 16. Krankheitstage an bezahlt. Auch die Zuschläge zum Hausgeld wurden entsprechend erhöht. In der Wochenhilfe für Mitglieder erhöhten wir den Entbindungskostenbeitrag von 10,— DM auf 25,— DM. Als dringend notwendige Mehrleistung wurde das Sterbegeld für Mitglieder von dem 20fachen Grundlohn auf den 40fachen Grundlohn erhöht und das Sterbegeld für Angehörige nach einer Staffelfung, die für den Ehegatten $\frac{2}{3}$ des Mitgliedersterbegeldes vorsieht, ebenfalls heraufgesetzt. Von einer an sich noch möglichen Ermäßigung der Beiträge wurde zunächst abgesehen, um erst die Auswirkung der beschlossenen Leistungserhöhungen abzuwarten und zu sehen, ob nicht noch weitere Leistungserhöhungen am Platze sind.

Eine solche Erweiterung erfuhr durch Satzungsänderung vom 19. September das Taschengeld, für das ein Mindestbetrag von 1,— DM täglich festgesetzt wurde. Eine weitere Satzungsänderung vom 16. November 1950 erhöhte dann das Taschengeld allgemein auf die Hälfte des Krankengeldes, d. h. die gesetzliche Höchstleistung.

Verhandlungen mit Vertragspartnern wurden auch im Berichtsjahr laufend geführt. Die Honorare der Ärzte und Zahnärzte unterliegen nicht der Selbstverwaltung der einzelnen Kassen, sondern werden von den Spitzenverbänden ausgehandelt. Es gelang auch im Berichtsjahr nicht, sich auf neue Verträge zu einigen, jedoch wurden mehrere Male Teuerungszuschläge bewilligt. Mit den Zahnärzten und Dentisten haben wir jedoch bei der Gewährung von Zahnersatz zu tun. Der Dortmunder Prothetikvertrag erwies sich auch im Berichtsjahr als sehr gut und brauchbar. Die Preise für größere und kleinere Heilmittel bei den Optikern und Bandagisten wurden mehrmals durch Teuerungszuschläge erhöht. Mit den Optikern gelang uns ein Abkommen, das unseren Mitgliedern beim Einkauf von besseren Brillengestellen erhebliche Vorteile sichert.

In der Verwaltung der Kasse trat keine Änderung ein. Die Zahl der Angestellten reichte für die Erledigung der anfallenden Arbeiten aus.

Die Leitung der Kasse lag ebenfalls unverändert in Händen des Arbeitsdirektors Alfred Berndsen. Im Beirat standen ihm die Mitglieder Gustav Schwentke, Konrad Dippel und Gustav Graf zur Seite. Die laufenden Geschäfte der Kasse leitete der Geschäftsführer Hermann Köhling.

Die in der Satzung vorgeschriebenen Kassenprüfungen ergaben zu Beanstandungen keinen Anlaß. Am 23. Februar 1951 wurde die Jahresabrechnung durch den Beirat abgenommen und am 10. März 1951 dem Leiter Entlastung erteilt.

(Fortsetzung folgt.)

Grundfragen des Personalwesens in der Industrie

Wenn sich die Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft und Gewerkschaften auch auf alle Gebiete des betrieblichen und überbetrieblichen Wirtschaftslebens erstrecken soll, so besitzt sie für einzelne Bereiche eine besondere Bedeutung. Das gilt in gesteigertem Maße für das Personalwesen und die übrigen Funktionsbereiche, die zum Aufgabengebiet des Arbeitsdirektors gehören. In dieser Ausrichtung veranstaltete das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften eine Arbeitstagung in Unkel, über die wir in der letzten „Sonderausgabe der Betriebsvertretung“ kurz berichteten. Aus dem hochbedeutsamen Referat von Dr. E. Potthoff entnehmen wir:

A. Die Aufgaben des Personalwesens

In der Entwicklung unserer modernen Wirtschaft stand zunächst die Maschine im Mittelpunkt. Die im Bereich tätigen Menschen wurden wie die Maschinen als Objekte behandelt; sie waren wie diese Unkostenfaktoren, also eine zunächst nur quantitative Größe. Diese Einstellung erfuhr nach und nach eine Änderung. Man stellte fest, daß der Faktor Mensch mehr als ein bloßer Unkostenfaktor war, daß es notwendig wurde, sich mit ihm selbst als einem seelischen Wesen zu befassen. Die Erkenntnis setzte sich immer mehr durch, daß der Mensch im Betrieb nicht nur als Objekt, sondern zugleich auch als Subjekt zu behandeln ist.

Diese Wandlung in der Auffassung vom Menschen im Betrieb hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß unsere Vorstellung von der Allmacht der Technik einer stärkeren Besinnung auf die Notwendigkeit des Menschen Platz gemacht hat, was uns insbesondere die letzten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts gezeigt haben.

Im Vergleich zur Technik und Ökonomie ist das, was wir vom Menschen in der betrieblichen Arbeit wissen, nicht sehr viel. Dazu kommt die häufig anzutreffende Vorstellung, daß man die Fähigkeit, Menschen im Betrieb zu führen, eben besitze oder nicht besitze. Sie sei mehr oder weniger angeboren und könne nicht erlernt werden. Ohne daran zu zweifeln, daß gerade hier die Veranlagung eine große Rolle spielt, müssen wir andererseits doch erkennen, daß man durch das Bewußtwerden und das Nachdenken über die Zusammenhänge des menschlichen Verhaltens noch sehr viel lernen und in der Praxis verwerten kann.

Der Mensch in seiner Beziehung zur Maschine und zum Arbeitsplatz

Vor unserem Maschinenzeitalter wurde die Arbeitskraft des Menschen für jede sich bietende und erforderliche Arbeit verwendet. Später, als wir die Maschinen erfanden, wurden die Menschen zunächst für einfache, später auch für kompliziertere Aufgaben eingesetzt. Die menschliche Arbeit war schließlich das, was durch die Maschinen nicht getan werden konnte. Dies geschah ohne besondere Überlegungen hinsichtlich der Anpassungsfähigkeiten des Menschen. So ergab sich denn, daß die verschiedensten Arbeiten von Menschen durchgeführt wurden, ohne daß man merkte, wie wenig sinnvoll ihre Arbeitskraft trotz aller Maschinisierung ausgenutzt war. Wenn wir heute den Menschen in den Mittelpunkt des Arbeitsprozesses stellen, ist es notwendig, daß sich die Maschine nach seinen Bedürfnissen richtet und nicht umgekehrt. Die Maschine sollte so eingesetzt und gestaltet werden, daß sie dem Menschen die Arbeit abnimmt oder erleichtert.

Dasselbe gilt für jedes Arbeitsgerät. Nicht der Mensch soll sich dem Arbeitsgerät anpassen, sondern umgekehrt muß das Arbeitsgerät den menschlichen Bedingungen angepaßt werden. Es hat sich z. B. in Deutschland gezeigt, daß der Straßenbahnschaffner nicht unbedingt während der ganzen Arbeitszeit im Wagen hin- und hergehen muß. So sehen wir in verschiedenen Städten moderne Straßenbahnwagen, in denen der Schaffner am hinteren Ende sitzt und die Fahrgäste bei ihm ihren Schein lösen müssen. Auch der Lenker des Straßenbahnwagens braucht nicht mehr zu stehen, wie wir es bisher gewohnt waren. Er kann sitzen, ohne die Verkehrssicherheit zu gefährden.

Nicht nur die Maschinen, das Arbeitsgerät oder der Arbeitsplatz sind daraufhin zu prüfen, ob sie den physiologischen und psychologischen Bedingungen des Menschen gerecht werden. Das gleiche gilt aus für die Organisation

des Arbeitsablaufes. Hierzu gehören die Fragen des Fertigungsganges, der Einzelfertigung, Serienfertigung, Fließbandfertigung, des Taktverfahrens usw. Von größter Bedeutung sind die Ermüdungsforschung und die Pausengebung.

Das innere Verhältnis zwischen Mensch und Arbeit spielt bei den modernen Anwendungsformen der Betriebspsychologie eine große Rolle. So wird berichtet, daß man die Geräusche im Telefonraum eines Unternehmers durch Änderung der akustischen Verhältnisse um 25 v. H. verringern konnte. Der Erfolg war, daß die von der Belegschaft begangenen Fehler um 42 v. H. abnahmen. Aus manchen Statistiken geht hervor, daß durch richtigen Beleuchtungseinsatz nicht nur die Produktion um etwa 20 v. H. gesteigert, sondern auch ein auffallendes Sinken der Unfallziffern erzielt werden konnte.

Neben dieser Aufgabe, die Arbeit und die Maschine dem Menschen anzupassen, war es und ist es eine der wichtigsten Forderungen an das Personalwesen im Betrieb, den richtigen Mann an den richtigen Platz zu stellen. Die Personalauslese, gestützt auf die Erkenntnisse der Eignungspsychologie und die betrieblichen Schulungsmaßnahmen sind hier die wesentlichsten Grundlagen einer erfolgreichen Personalpolitik. Die Eignungspsychologie hat uns

Arbeiter

Kamerad, faß zu!

Heißes Eisen

heißt Besonnenheit:

Ich und du

stehn im Zeichen der Verbundenheit,

wie der Stahl, die Glut

sich umfängen.

Ihrem Zweck zu dienen

hält geübter Mut

uns zusammen.

Kamerad! Der Ton

Melodien

zaubert. Du und ich! —

Welcher Lohn

im Verstehen. Über Höhen zieht

der Gedanken Flug,

Ziel erstrebend,

zukunftsfröh zu dienen.

Nie verklingend Lied,

ewig segnend.

Lore Müller, Barop

gezeigt, wie man mit Hilfe psychologischer Erkenntnisse die Anlagen des einzelnen Menschen erforscht, um ihm nach Möglichkeit die beste berufliche Arbeit zuzuweisen.

In den Anfängen unseres industriellen Zeitalters hatte man an die Anpassungsfähigkeit des Menschen große Anforderungen gestellt. Wenn wir auch aus Erfahrung wissen, daß man damit sehr weit gehen kann, so sind hier natürlich doch Grenzen gesetzt. Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, daß es häufig die Bedürfnisse des Staates waren, die auf die Grenzen stießen. So wird in einem Bericht des Generals von Horn an den preußischen König im Jahre 1828 gemeldet, daß die Rheinprovinz infolge der Ausbeutung durch die Fabrikarbeit das erforderliche Truppenkontingent nicht mehr stellen könne.

Wir sehen jedoch, wie zu gleicher Zeit auch innerhalb des Betriebes sozialpolitische Maßnahmen getroffen wurden. Abgesehen von ethisch-moralischen Gründen machte sich einfach die Erkenntnis geltend, daß z. B. auf die Dauer gesehen die Arbeitskraft nicht nur zum Nachteil des Gemeinwohls, sondern auch nachteilig auf den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens wirkt, wenn sie durch die Arbeit im Betrieb geschädigt oder gefährdet wird. So gehören denn heute die verschiedensten Maßnahmen zum Schutze der Gesunderhaltung der Arbeiter zum Bestandteil eines modernen Betriebes. „Welfare pays“, „Wohlfahrt macht sich bezahlt“, wie man in England und Amerika diesen Tatbestand auszudrücken pflegt.

Arbeitshygiene im Interesse der Vermeidung von Arbeits- und Berufskrankheiten, regelmäßige Untersuchungen, Verpflegung der Belegschaft, Unfallverhütung, Bekämpfung von Geräuschen und Lärm, besondere Maßnahmen für Jugendliche und Frauen, besondere Maßnahmen für alte und sonstwie beschränkt arbeitsfähige Arbeiter und Angestellte sind einige der wichtigsten Punkte aus den Aufgaben der betrieblichen Sozialarbeit.

Viele Unternehmungen haben seit den ersten Jahrzehnten unseres industriellen Zeitalters auch außerbetriebliche Einrichtungen der gesundheitlichen und kulturellen Fürsorge zugunsten ihrer Arbeiter und Angestellten geschaffen. Dazu gehören Unterstützungen für Krankheitsfälle, Arbeitslosigkeit, Werkbüchereien, Werksport usw.

Genau so wie wir die Sozialpolitik in der Gesamtwirtschaft immer nur als die eine Seite des Wirtschaftens ansehen dürfen, sollten wir auch die Sozialpolitik im Betriebe nur als die eine Seite der Münze betrachten. Es kommt darauf an, daß die betriebliche Arbeitspolitik insgesamt so beschaffen ist, daß den Anforderungen an den Menschen im Betrieb und seiner sozialen Sicherstellung Genüge getan wird. Auch

hier sollte der Grundsatz gelten, daß vorbeugen besser ist als heilen.

Es ist das Kennzeichen des industriellen Zeitalters, daß die Aufwendungen aus menschlicher Arbeit durch Löhne und Gehälter abgegolten werden. Die große und verschiedenartige Bedeutung, die der Lohn für den einzelnen und für die gesamte Wirtschaft hat, bringt es mit sich, daß hier das Personalwesen vor einer besonders wichtigen Aufgabe steht.

Der Lohn ist einmal das Entgelt für die geleistete Arbeit und damit ein Wertmesser für den Anteil des einzelnen an der Gesamtleistung des Betriebes. Hier sind die Unterschiede der Lohnabstufungen zwischen den einzelnen Arbeitsplätzen im Betrieb häufig eine Quelle der Unzufriedenheit. Wir kennen die Bestrebungen der Arbeitsbewertung, um aus dem Belastungsgrad der Arbeit die Abstufung der Grundlöhne möglichst gerecht durchzuführen. Da die auf der persönlichen Eignung und der individuellen Anstrengung aufbauende Leistung dauernd Schwankungen unterworfen ist, ist die Normalleistung von größter Wichtigkeit. Sie stellt die konstante Leistung am einzelnen Arbeitsplatz dar und hängt von den technischen Gegebenheiten, den verwendeten Werkzeugen usw. ab. Der Lohn ist zum anderen in der Regel die einzige Einnahmequelle des Arbeiters und Angestellten und damit für seine Lebensführung entscheidend. Löhne sind also gleichzeitig Kaufkraft und damit einer der wichtigsten Motoren unserer Wirtschaft.

In enger Verbindung mit dem Lohn stehen die Pensionen. Wenn wir bedenken, daß der Arbeiter und Angestellte seine ganze Arbeitskraft in den Dienst eines oder mehrerer Unternehmen stellt, so ergibt sich daraus im gewissen Sinne eine Verpflichtung, für ihn zu sorgen, wenn er nicht mehr in der Lage ist, seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Pensionen sind daher im letzten Grunde vorerhaltene Löhne und keine Treueprämie. Es ist eine besondere Frage, in welcher Form man diesen Anspruch zu realisieren versucht.

Unsere bisherigen Ausführungen sahen den Menschen in seiner Beziehung zur Maschine und zum Arbeitsplatz. Wir haben es jedoch nicht nur mit Maschinen und mit den Beziehungen des Menschen zur Maschine zu tun. Wir haben im Betriebe außerdem noch den Menschen schlechthin, der das Ziel unserer Untersuchungen sein muß. Während die betrieblichen Hilfsmittel, Gebäude, Werkstätten, Maschinen usw. einer sachlichen Ordnung unterworfen sind, stehen die Menschen im Betriebe in einer gesellschaftlichen Ordnung, die wir ebenso untersuchen müssen.

(Fortsetzung folgt.)

DAS *Buch* FÜR DICH!

Der nebenstehend abgebildete Ausstellungsstand der Büchergilde Gutenberg wird vom 10. bis 14. Dezember in der Zeit von 11 bis 14 Uhr im Zimmer 301 zu sehen sein. Der Ausstellungsstand will für das gute und billige Buch werben.

Wir haben mit der Büchergilde Gutenberg eine Sondervereinbarung dahingehend getroffen, daß der Monatsbeitrag für unsere Belegschaftsmitglieder auf 1,35 DM ermäßigt wurde. Jedes Mitglied der Büchergilde kann für den vollen Betrag Bücher nach freier Wahl erhalten. Es können auch beliebig viele Bücher zusätzlich gekauft werden. Die in jedem Monat gratis gelieferte Zeitschrift „Büchergilde“ gibt alle Einzelheiten über die Neuerscheinungen und ihre Verfasser, sie enthält Leseproben und Illustrationen. Die Büchergilde gibt nicht nur Unterhaltungsbücher heraus, sondern auch Jugend- und Kinderbücher, Biographien und volkstümliche Werke der Wissenschaft. Sämtliche Bücher sind in Ganzleinen gebunden. Der Monatsbeitrag wird vom Lohn und Gehalt einbehalten.

Mit der Sachbearbeitung für alle Fragen der Büchergilde ist die Pressestelle, Eberhardstr. 23, beauftragt. Dort

könnten auch die bisher von der Büchergilde herausgegebenen Bücher eingesehen und Aufnahmeanträge, Werbeschriften usw. empfangen werden.



Unfälle im Monat Oktober

* Im Monat Oktober ereigneten sich auf dem Hüttenwerk (einschließlich Barop) 134 leichte Unfälle, auf dem Wege von bzw. zur Arbeitsstelle 4 leichte Unfälle.

In der nachstehenden Tabelle sind die Zahlen des Vormonats in Klammern eingesetzt:

	Belegschafts- zahl:	leicht:	schwer:	tödlich:	Summe:
Hochofen	618	9 (9)	— (—)	— (—)	9 (9)
Zementfabrik	72	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Thomaswerk	293	5 (6)	— (—)	— (—)	5 (6)
Martinwerk	519	9 (14)	— (—)	— (—)	9 (14)
Steinfabrik	131	2 (3)	— (—)	— (—)	2 (3)
Phosphatmühle	77	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Kaliberwalzwerke	1018	9 (24)	— (—)	— (—)	9 (24)
Blechwerk I/II	374	21 (19)	— (—)	— (—)	21 (19)
Werk Barop	503	18 (11)	— (—)	— (—)	18 (11)
Breitbandwalzwerk	155	2 (2)	— (—)	— (—)	2 (2)
Spez. Blechwalzwerk	143	2 (3)	— (—)	— (—)	2 (3)
Preß- und Hammerwerk	151	5 (5)	— (—)	— (—)	5 (5)
Werkstatt Stockheide	35	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Kaltwalzwerk	269	5 (2)	— (—)	— (—)	5 (2)
Drahtverfeinerung	352	5 (7)	— (—)	— (—)	5 (7)
Maschinenabteilung	1251	11 (5)	— (—)	— (—)	11 (5)
Elektr. Abteilung	460	2 (2)	— (—)	— (—)	2 (2)
Mechanische Werkstätten	505	10 (9)	— (—)	— (—)	10 (9)
Eisenbahnbetriebe	849	8 (5)	— (—)	— (—)	8 (5)

Baubetriebe	443	3 (4)	— (—)	— (—)	3 (4)
Fahrbetriebe	63	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Versuchsbetriebe	136	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Sonstige Betriebe	325	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Lehrwerkstatt	270	2 (—)	— (—)	— (—)	2 (—)
Sozialbetriebe	279	2 (—)	— (—)	— (—)	2 (—)
Hauptverw.- und Betr.-Ang.	1649	2 (2)	— (—)	— (—)	2 (2)
Summe:	109 40	134 (132)	— (—)	— (—)	134 (132)
Wegeunfälle		4 (17)	— (—)	— (—)	4 (17)

Die vorgekommenen Unfälle wurden laufend untersucht und die Unfallursachen, so weit wie möglich, nach Rücksprache mit den Betrieben und Unfallvertrauensmännern sofort abgestellt.

Er wurde belohnt

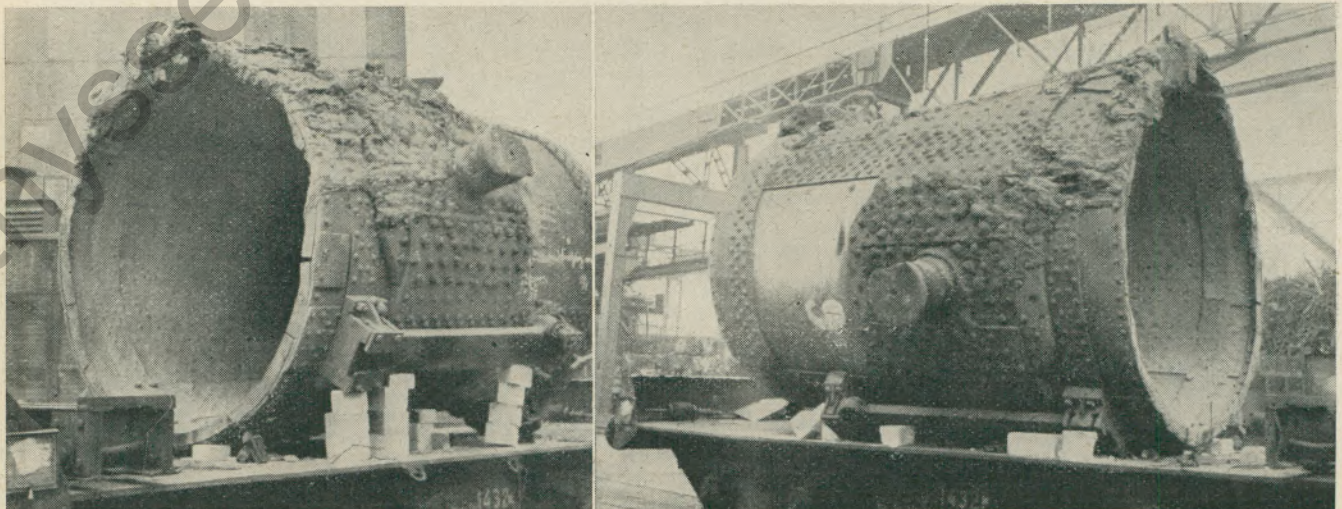
Für Rettung aus Unfallgefahr erhielt unser Belegschaftsmitglied Wilhelm Mallon, Abteilung Eisenbahn, eine Belohnung vom Werk und von der Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft.

Achtung! Verladet richtig!

Unsachgemäße Verladungen und schlechte Sicherungen des Ladegutes führen oft zu Unfällen und Sachschäden. Darum:

1. Überladungen vermeiden!
2. Ladeprofil beachten!
Bei überragendem Ladegut Eisenbahnbetrieb frühzeitig verständigen!
3. Ladegut gegen Herabfallen und Rutschen gut sichern, evtl. Montagefachkräfte oder Zimmerleute hierfür einsetzen.
4. Nur voll geeignete Waggonladungen benutzen!

Die beiden dargestellten Bilder sind Beispiele, wie man es nicht machen soll! Ein Stapel feuerfester Steine gibt keinen genügenden Halt — was nach 200 Meter Fahrt daraus geworden war, zeigt das rechte Bild. Richtig wäre ein solider Unterbau aus Holz und dgl. gewesen.



Achtet auf die Augen eurer Kinder!

Die Gesundheit unserer Jugend ist die Leistungsfähigkeit der Generation von morgen. Je besser wir sie pflegen, desto größer wird der zukünftige Arbeitserfolg sein. **Volle körperliche Gesundheit** ist aber auch der **beste Schutz vor Unfällen**. Ein gutes Sehvermögen ist dabei ausschlaggebend. Jedes schlecht sehende Kind ist im Lernen behindert und Unfällen verstärkt ausgesetzt.

Die aktuelle Größe dieser Gefahr zeigte eine erst in diesen Tagen durchgeführte augenärztliche Schuluntersuchung. Bei 169 Kindern einer normal zusammengesetzten 500köpfigen Schulgemeinschaft zeigten sich **Sehbehinderungen**, d. h. bei **jedem dritten Schulkind**. Von diesen 169 schlecht sehenden Kindern waren aber nur 23 bereits in augenärztlicher Betreuung.

Es ist eine Erfahrungstatsache, daß gerade Sehstörungen, die in der Jugend nur in geringerem Ausmaße auftreten, zumeist völlig beseitigt, zumindest aber an einer Ausweitung gehindert werden können, wenn sie frühzeitig erkannt und fachärztlich behandelt werden. Das Ergebnis der erwähnten Untersuchung bestätigt diese Erfahrung. Von den 169 nicht voll sehfähigen Kindern hatten 126 einen zunächst nur geringen Augenfehler. Bei den restlichen 43 Kindern war die Sehstörung allerdings so akut, daß von einem ausreichenden Sehvermögen keine Rede sein konnte.

Es ist bedenklich, daß selbst von diesen 43 Kindern nur 10 bereits in der Behandlung eines Augenarztes standen.

Nachweislich war bei allen übrigen nicht soziales Unvermögen der Grund, sondern allein Unkenntnis des Kindes und mangelnde Aufsicht der Eltern.

Aber auch die leichteren Fälle dürfen nicht unterschätzt werden. Schon bei einer Sehminderung um nur 1 Dioptrie kann ein Kind Schriftzeichen an der Tafel nur mit einer gefährlichen Überbeanspruchung der Augen erkennen. Bei dieser Untersuchung wurden aber Sehfehler bis zu 2 Dioptrien noch als leichte Fehler bezeichnet. Bei allen diesen 169 Kindern war diese Überbeanspruchung also schon gegeben. Sie führt zwangsläufig zu einer Verschlechterung des Sehvermögens, der später kaum noch abgeholfen werden kann.

Es ist verständlich, daß Kinder aus falschem Ehrgeiz solche Behinderung gern vertuschen. Sie können nicht wissen, daß sie dadurch das Übel nur vergrößern. Eltern und Lehrer aber wissen es. Regelmäßige augenärztliche Schuluntersuchungen, die in anderen Ländern zur Selbstverständlichkeit im Schulleben geworden sind, scheinen uns daher das beste Mittel, um die dringend notwendige dauernde Betreuung zu gewährleisten.

Wollen wir unsere Kinder bei voller Gesundheit und guter Leistungsfähigkeit erhalten, müssen wir mit der Überwachung ihres Sehvermögens frühzeitig beginnen.

Gesunde Augen unserer Kinder sind die Leistungskraft von morgen!

KURZNACHRICHTEN

Ernstere Warnung!

Wir sehen uns gezwungen, letztmalig darauf hinzuweisen, daß nachgewiesener Diebstahl selbst der kleinsten Menge von werkseigenem Metall und werkeigenen Gegenständen unnachsichtlich, ohne Ansehung der Person und ohne Rücksicht auf soziale Verhältnisse oder die Dauer der Werkszugehörigkeit, die fristlose Entlassung zur Folge hat.

Darüber hinaus fordern wir nochmals alle anständigen Belegschaftsmitglieder auf, im Interesse des Werkes und damit der Gesamtbelegschaft bei der Ermittlung der Diebe tatkräftig mitzuwirken.

Kohlen!

Mit Wirkung von Montag, dem 12. November 1951, werden die Sprechstunden des Kohlenbüros wie folgt festgesetzt:

Montag bis Freitag: vormittags von 9 bis 11 Uhr,
nachmittags von 13 bis 15 Uhr.

Diese Zeiten müssen von allen Belegschaftsmitgliedern unbedingt eingehalten werden, da eine Abfertigung zu anderen Zeiten nicht mehr erfolgen kann.

Außerdem weisen wir darauf hin, daß im Interesse einer reibungslosen Kohlenabfuhr jeder Kollege dafür sorgen muß, daß jede Anschriftenänderung sofort mit genauesten Angaben dem Kohlenbüro bekanntgegeben wird.

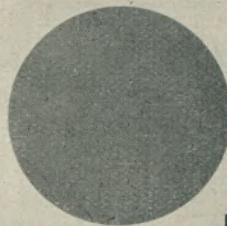
Urlaubsvergütung - Geldbußen

Wir haben Veranlassung, auf § 3, Ziff. 5, Abs. 3 des Urlaubsabkommens aufmerksam zu machen. Diese Bestimmung lautet: „Bei fristloser Entlassung, die durch die Betriebsvertretung oder das Arbeitsgericht anerkannt ist und bei unberechtigter fristloser Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitnehmer entfällt der Urlaubsanspruch. Die hiernach verwirkte Urlaubsvergütung ist im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung einer betrieblichen Unterstützungseinrichtung zuzuführen oder sonst zugunsten der Arbeitnehmer zu verwenden.“

Die Abteilungen und Betriebe werden gebeten, den Kassen die anfallenden Urlaubstage aufzugeben.

Weiter verweisen wir auf die Bestimmung zu VII, Ziff. 50, 51 und 52 (Verstöße gegen die Arbeitsordnung, die Ordnung und Sicherheit des Betriebes) der Arbeitsordnung. Danach werden Geldbußen bei der nächsten Lohn- oder Gehaltszahlung einbehalten und nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat eigenen sozialen Zwecken zugeführt.

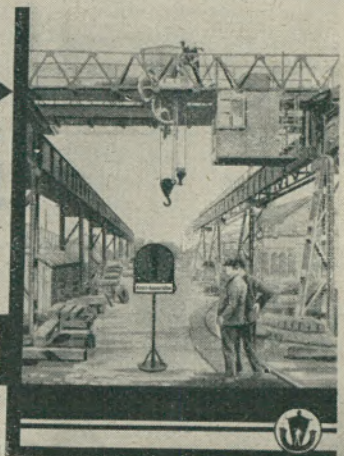
Merke Dir dies Gefahrenzeichen



**Gelbe Scheibe
bedeutet „Gefahr“**

**Pfeil zeigt
Richtung
der Gefahr**

**Schrift
sagt Art der
Gefahr**



Kündigungsschutzgesetz

von Oberregierungsrat Dr. Maus, Verlag Otto Schwartz & Co., Göttingen,
83 Seiten, kart. 1,90 DM

Nach der Aufhebung des AOG gab es im Bereich der Bundesrepublik für den Kündigungsschutz keine einheitliche Regelung mehr. Kündigungsschutzgesetze oder Betriebsrätegesetze der Länder in der amerikanischen und der französischen Zone standen den Paragraphen des BGB in der britischen Zone als Grundlage gegenüber. Gewerkschaften wie Arbeitgeber waren daher gleichermaßen an einer einheitlichen Regelung dieser sozial so entscheidenden Gebiete des Arbeitsrechts interessiert.

In der Reihe der „Schwartz-Gesetzestexte“ liegt eine handliche, preiswerte Ausgabe vor, die aus der Feder des von beiden Sozialpartnern geschätzten Oberregierungsrates Dr. Maus stammt. Der bekannte Arbeitsrechtler hat hier zwar auf wissenschaftliche Sauberkeit und Genauigkeit nicht verzichtet, aber den von ihm gebotenen Stoff auf Fragen beschränkt, die in der Praxis überwiegend auftreten. Daß ihm dabei eine fast zwanzigjährige Erfahrung im Wirtschaftsleben und als Ministerialbeamter zur Seite stand, wird der Kundige dankbar erkennen und dem Praktiker des Arbeitslebens wertvolle Aufschlüsse geben.

Betriebsfeiern und Abteilungsausflüge

Die gemeinsamen Betriebsfeiern und Betriebsausflüge der Abteilungen bzw. Betriebe haben innerhalb der Belegschaft einen derart starken Widerhall gefunden, daß sie einfach nicht mehr wegzudenken sind. In sehr vielen Fällen nahmen auch die Frauen unserer Belegschaftsmitglieder daran teil. Auch die infolge Invalidität oder Erreichung der Altersgrenze ausgeschiedenen älteren Kollegen wurden hierzu eingeladen.

Die meisten Ausflüge führten in das schöne Sauerland bis nach Winterberg, doch hatten auch einige Abteilungen sich für eine Eineinhalb-Tage-Fahrt das Ahrtal als Ausflugsziel gewählt.

Alle Betriebsfeiern und Betriebsausflüge sind in bester harmonischer Weise verlaufen, und bei allen Teilnehmern herrschte eine vorzügliche Stimmung. Die Betriebsfeiern wickelten sich zum überwiegenden Teil in der näheren Umgebung ab.

WOHNUNGSTAUSCH

Biete: 4-Zimmer-Wohnung in Dortmund-Hombruch, abgeschlossen, mit Bad, Miete 40,— DM.

Suche: Gleichwertige 2½-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen.

Biete: 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund-Dorstfeld, nicht abgeschlossen, Miete 30,— DM.

Suche: Gleichwertige 2-Zimmer-Wohnung in Werksnähe.

Biete: Im Osten Dortmunds eine 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen.

Suche: Gleichwertige 2-Zimmer-Wohnung auch im Osten Dortmunds.

Biete: 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Balkon, in einem Privathaus, Miete 25,85 DM.

Suche: 2½—3-Zimmer-Wohnung in Werksnähe oder in Hombruch.

Biete: 5-Zimmer-Wohnung mit zwei Kellern, abgeschlossen, in der Burgholzstraße.

Suche: Gleichwertige 4-Zimmer-Wohnung in Werksnähe.

Biete: 3-Zimmer-Wohnung in Eving, abgeschlossen.

Suche: 3- bis 4-Zimmer-Wohnung in Werksnähe, abgeschlossen.

Nähere Auskunft erteilt: Abteilung Wohnstätten, Dortmund, Eberhardstraße 23.

Wir prüfen Fahrzeuge

Alle Motorfahrzeuge des Werkes wurden an einem Sonntagmorgen im Auftrage des Vorstandes einer gewissenhaften Prüfung unterzogen, die sich auch auf Autokarten, Verbandkästen und Feuerlöscher erstreckte. Vorgefundene Mängel werden umgehend abgestellt werden. Arbeitsdirektor Alfred Berndsen führte u. a. aus:

„Sicherheit zuerst!“ gilt gerade auch für unsere Fahrzeuge. Die Motorisierung solle planmäßig weiterge-

trieben werden, denn sie dient in erster Linie bei uns den schaffenden Menschen.

Unsere modernsten Krankenwagen dienen dem verletzten oder kranken Belegschaftsmitglied; aber auch die Familienangehörigen werden mit ihnen vom und zum Krankenhaus gefahren.

Der Wagenpark der Feuerwehr steht unter dem Motto: „Allezeit hilfsbereit!“ Er schützt den Arbeitsplatz vor Brandgefahren und Vernichtung, schützt aber auch die Wohnungen unserer Belegschaft und steht auf Anforderung auch der Berufsfeuerwehr bei Großbränden usw. zur Verfügung.

Unsere Lastwagen dienen dem Werk und der Belegschaft durch den Transport betriebswichtiger Güter, aber auch lebenswichtiger Güter: Kohlen, Holz usw., die von uns aus in die Wohnungen geschafft werden.

Die Motorräder sind praktisch nur für eilige Kurierfahrten zwischen den weitliegenden Betriebsabteilungen und der Hauptverwaltung da. Sie ersparen Zeit und wirken deshalb verbilligend.

Die Zeit spielt auch bei den Personenwagen die entscheidende Rolle. Wo vordem nur höchstens eine auswärtige Verhandlung — und die Sitze der wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen, politischen Zentralen sind ja nun einmal auswärts — im Interesse des Werkes und seiner Belegschaft wahrgenommen werden konnte, kann man heute oftmals mehrere koppeln. Und es ist oft alles andere als ein Vergnügen, zeitgejagt mit dem Wagen von Verhandlung zu Verhandlung zu eilen.

Zeitgejagt, Zeit gewinnen, das ist mit der entscheidende Faktor, das dient auch dem Interesse der Belegschaft, deren Arbeitsplatz täglich neu gewonnen und gesichert werden muß. In diesem Sinne muß unser allgemeiner Fahrbetrieb verstanden werden, und hier liegt auch seine große Bedeutung.

Psychologie des Frierens

Auch die alliierten Staatsmänner sollten sich über die engen Beziehungen zwischen Frieren und Mißstimmung im klaren sein. Jeder von ihnen wird einmal erlebt haben, daß seine Stimmung erheblich absackte, wenn er durch irgendwelche Zwischenfälle gezwungen war, zu frieren. Warum erwarten sie, daß wir Deutschen eine Ausnahme machen?

Man hört, daß die Ruhrkohlenbehörde beschlossen hat, die Höhe der bisherigen deutschen Kohlenexporte auch in der kommenden Zeit aufrechtzuerhalten. Da die deutsche Produktion sich erfreulicherweise in der letzten Zeit erhöht hat, die Kohlenförderung aber zur Zeit kaum zu steigern ist, muß die Folge sein, daß die mangelnde Kohlenversorgung des verflossenen Winters sich im kommenden Winter fortsetzen wird. Der vergangene Winter war milde. Wie, wenn der kommende Winter nicht milde sein wird?

Die Bundesregierung ist bemüht, dem deutschen Volke beizubringen, daß eine internationale Zusammenarbeit mit dem Westen sinnvoll sei. Ihre Bemühungen werden wenig Erfolg haben, wenn die Bevölkerung frieren muß. Internationale Zusammenarbeit, ja, wird es dann heißen, aber warum immer auf unsere Kosten?

Glück UND Unglück

Von Glück und Unglück reden die Menschen, das der Himmel ihnen bringe. Was die Menschen Glück und Unglück nennen, ist nur der rohe Stoff dazu; am Menschen liegt's, wozu er ihn formt. Nicht der Himmel bringt das Glück; der Mensch bereitet sich sein Glück und spannt seinen Himmel selber in der eigenen Brust. Der Mensch soll nicht sorgen, daß er in den Himmel, sondern, daß der Himmel in ihn komme. Wer ihn nicht in sich selber trägt, der sucht ihn vergebens im ganzen All. Laß dich vom Verstande leiten, aber verleihe nicht die heilige Schranke des Gefühls! Kehre dich nicht tadelnd von der Welt, wie sie ist; suche ihr gerecht zu werden, dann wirst du dir gerecht.

Otto Ludwig

Ansprüche aus 1924 bis 1948 können noch geltend gemacht werden

Alte, oftmals schon vergessene Ansprüche aus der staatlichen Rentenversicherung können jetzt nochmals geltend gemacht werden. Nach dem Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz vom Juni 1949 bleiben sämtliche Ansprüche aus Zahlungen zwischen 1924 und 1948 bis zum 31. Dezember 1948 erhalten. Soll die Anwartschaft darüber hinaus weiterbestehen, müssen die Beträge ab 1949 regelmäßig nachgezahlt werden. Das kann noch bis Ende dieses Jahres erfolgen.

Wer den Versicherungswert alter Beitragszahlungen also erhalten will, hat noch bis zum 31. Dezember dieses Jahres Zeit. Diese Regelung gilt für alle jemals entrichteten Zahlungen, auch wenn nur ein einziger Beitrag geleistet worden ist. Auch aus Beitragszahlungen bis zum 31. Dezember 1923 können noch Forderungen geltend gemacht werden, wenn zwischen 1924 und 1948 wenigstens eine weitere Zahlung geleistet worden ist.

Es ist sehr ratsam, diese Möglichkeit auszunutzen, da alle Ansprüche bei der Währungsreform voll umgewertet worden sind. Außerdem kommen dem Zahlenden nicht nur seine früheren

Beiträge, sondern auch die Leistungen seines Arbeitgebers zugute. Die notwendigen Nachzahlungen betragen mindestens sechs Beiträge für die Angestelltenversicherung und mindestens 26 Beiträge für die Invalidenversicherung je Jahr. Bis zum Ende dieses Jahres brauchen lediglich erst die Zahlungen für das Jahr 1949 geleistet zu werden, die Beiträge für 1950 und 1951 können auch noch später entrichtet werden.

Falls aber ein Versicherungsfall infolge Invalidität, Berufsunfähigkeit oder Tod eintritt, dürfen keine freiwilligen Beiträge mehr entrichtet werden. Es ist daher notwendig, die Beitragsmarken für die vergangenen Jahre möglichst bald zu kleben, um zu vermeiden, daß in Versicherungsfällen die Anwartschaft wegen der fehlenden Marken als erloschen betrachtet wird. Die Beiträge müssen in der dem Gesamteinkommen entsprechenden Beitragsklasse, mindestens jedoch in der Beitragsklasse II, entrichtet werden. Zu dem Gesamteinkommen zählen auch Einnahmen aus Vermögen, Vermietung, Verpachtung, aus Pensionen und ähnlichen Einnahmen.

Lohnsteuerfreibeträge bei Totalschaden

Bei Lohnsteuerpflichtigen, die infolge Kriegseinwirkung ihren Hausrat und ihre Kleidung verloren haben (Totalschaden), wird unter gewissen Voraussetzungen vor Anwendung der Lohnsteuertabelle ein Freibetrag vom Einkommen abgezogen. Dieser Abzug muß beim Finanzamt beantragt werden.

Der Steuerpflichtige darf wegen des Totalschadens nur eine Entschädigung von höchstens 50 v. H. des Kriegssachschadens erhalten haben. Grundsätzlich wird ein Totalschaden i. S. dieser Lohnsteuervergünstigung nur dann angenommen, wenn der Hausrat und die Kleidung verlorengegangen sind. Es wird aber bei Verlust des Hausrats auch stets der Verlust der Kleidung unterstellt. Wenn nicht mehr als 25 v. H. des Hausrats und der Kleidung erhalten geblieben sind, ist trotzdem ein Totalschaden anzunehmen. Wurde die Kleidung allein verloren, so kann kein Totalschaden angenommen werden. Dagegen rechtfertigt die vollständige Zerstörung der Wohnung auch stets die Annahme des Verlustes des Hausrats. Totalschaden setzt voraus, daß der Geschädigte mindestens die Möbel für einen Wohnraum besessen hat. Zum Hausrat zählen die Gegenstände, die nach allgemeiner Anschauung zur Einrichtung einer Wohnung und zur Haushaltsführung erforderlich sind. Es rechnen nicht hierzu: Kraftfahrzeuge, Sportgeräte, Schmuck, Fotoapparate, Sammlungen, Tiere, Lebensmittelvorräte, Gegenstände zur Ausübung der Erwerbstätigkeit.

Die Freibeträge, die vom Finanzamt auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden, betragen bei Arbeitnehmern in Steuerklasse

	für 1951	ab 1. 1. 1952
I	480 DM	540 DM
II	600 "	720 "
III/1 und III/2	720 "	840 "
III/3	780 "	900 "

Für das vierte und jedes weitere Kind beträgt der Freibetrag je 60,— DM mehr.

Diese Freibeträge werden gewährt, wenn der Totalschaden durch eine entsprechende amtliche Bescheinigung (der Kriegsschädenämter, Auffangsammlstellen, Bezirkswohlfahrts-

ämter, Wirtschaftsämter, Gemeindebehörden u. a.) nachgewiesen oder sonst in geeigneter Weise glaubhaft gemacht wird (z. B. durch Zeugen, eidesstattliche Erklärungen usw.).

Die obengenannten Freibeträge können — allerdings nur noch für die Zeit bis zum 31. Dezember 1951 — bis zur Höhe des doppelten Betrages abgezogen werden, wenn der Nachweis (durch Vorlage von Quittungen, Kassenzettel usw.) geführt wird, daß die entsprechenden Aufwendungen für Wiederbeschaffung im Kalenderjahr 1951 gemacht worden sind.

Ebenso auf die Zeit bis zum 31. Dezember 1951 beschränkt ist die Bestimmung, daß die Freibeträge auch abgezogen werden können, wenn die Voraussetzungen nicht bei dem Steuerpflichtigen selbst, sondern bei seiner Ehefrau vorliegen. Wer die Steuervergünstigung nach diesen Bestimmungen in Anspruch nimmt, kann nicht gleichzeitig die Vergünstigung für Aufwendungen zur Wiederbeschaffung von Hausrat und Kleidung beantragen. Dagegen können andere außergewöhnliche Belastungen, wie z. B. für Unterstützung bedürftiger Angehöriger, erhebliche Krankheitskosten usw., geltend gemacht werden.

Wenn ein Steuerpflichtiger zwei begünstigten Personengruppen angehört, wenn er z. B. ein Spätheimkehrer und gleichzeitig totalgeschädigt ist, so wird der Freibetrag nur einmal gewährt (die oben erläuterte Steuervergünstigung gilt auch für Flüchtlinge, Vertriebene, politisch Verfolgte und Spätheimkehrer).

Die Freibeträge können für das Kalenderjahr 1951 auch jetzt noch — aber bis spätestens 31. Dezember 1951 — bei den Finanzämtern beantragt werden. Eine nachträgliche Berücksichtigung im Wege des Lohnsteuer-Jahresausgleiches ist nicht mehr möglich. Der jährliche Freibetrag wird in diesen Fällen vom Arbeitgeber auf die restlichen Monate des Jahres verteilt. Für das Jahr 1952 wird der Antrag zweckmäßig nach Erhalt der Lohnsteuerkarte für 1952, vor Beginn des Kalenderjahres, gestellt.

Immer wieder: Steuern sparen

Baukostenzuschüsse und Leistungen von Abstandszahlungen für Wohnraumbeschaffung gelten, wie auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht in Düsseldorf festgestellt wurde, im Sinne des Steuerrechtes als außergewöhnliche Belastungen, die zur Minderung sowohl der Lohn- wie auch der Einkommensteuer angeführt werden können. Ebenso werden Aufwendungen zur Beseitigung von Besatzungsschäden an Gebäuden, Hausrat usw. sowie Tilgungsraten zur Abtragung übernommener Schulden, sofern sie mit der Beseitigung dieser Schäden, mit dem Wohnungsbau und mit der Wohnraumbeschaffung in Verbindung stehen, steuerrechtlich als außergewöhnliche Belastungen anerkannt.

Auch die Kosten für eine Hausgehilfin (bei nachgewiesener Krankheit der Ehefrau oder in kinderreichen Haushalten, die Aufwendungen für Krankenhaus- und Sanatoriumsaufenthalte sind abzugsfähig, wenn sie eine nicht zumutbare Mehrbelastung darstellen. Darüber hinaus hat das Finanzgericht in Düsseldorf für Unterhaltszahlungen an geschiedene Ehefrauen oder bedürftige Familienangehörige einkommensmindernde Zahlungen zugelassen, die erheblich über den vom Bundesfinanzhof festgesetzten Höchstsätzen liegen.

Lohn- und Gehaltsempfänger können entsprechende Eintragungen auf Lohnsteuerkarten beantragen. Die Finanzämter sind angewiesen, die Steuerermäßigung auch rückwirkend vorzunehmen.



FREIFORMSCHMIEDESTÜCKE

bis zu 18 t Roh- und 14 t Fertiggewicht

roh geschmiedet und vorbearbeitet, bzw. vor- oder auf Maß gedreht

sowie gebohrt, nach Zeichnungen oder Maßangabe

ungeglüht, geglüht, vergütet

für den

allgemeinen Maschinen- und Apparatebau, Motoren-, Turbinen-
und Schiffbau, Bagger-, Waggon-, Lokomotiv- und Ba



WESTFALENHÜTTE AG. DORTMUND